

Einwohnerratssitzung 2008/2009

Protokoll Nr. 8

Sitzungsdatum **14. Mai 2009**
Sitzungszeit 13:30 Uhr – 19:30 Uhr
Ort Pilatussaal, Luzernerstrasse 15, 6010 Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09 14. Mai 2009 ry

Anwesend

Präsident
Einwohnerrat

Bienz Bruno
33 Mitglieder
Dalla Bona Johanna (bis 18:45 Uhr)
Heini Martin (bis 18:30 Uhr)
Kalt Mirjam (ab 14:30 Uhr)
Müller Ursula (bis 18:45 Uhr)
Thalmann Robert (bis 16:45 Uhr)

Gemeinderat
Gemeindeschreiber
Gemeindeschreiber-Substitut

5 Mitglieder
Solari Guido (ab 16:00 Uhr)
Imgrüth Fredy (bis 16:00 Uhr)

Protokoll

Rösli Yvonne
Burkhart Petra

Entschuldigt

Einwohnerrat

Bründler Toni
Nyfeler Nicole

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 320 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 6</u> vom 29. Januar 2009 | | Seite 321 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Jahresrechnung 2008 | Nr. 049/09 | Seite 321 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Baukredit Werterhaltung Schulanlagen
2. Etappe | Nr. 066/09 | Seite 330 |
| 5. | <u>Bericht:</u> Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates
<i>Mit dem Bericht gilt folgender Vorstoss als erledigt:</i> | Nr. 055/09 | Seite 340 |
| | - <u>Postulat Nyfeler:</u> Offenlegung der Interessenbindungen
auch für den Gemeinderat | Nr. 289/08 | Seite 340 |
| | - <u>Bericht Postulat Mattmann:</u> Kein Seilpark auf dem
Krienser Sonnenberg | Nr. 125/06 | Seite 340 |
| 6. | <u>Motion Thalmann:</u> Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 050/09 | Seite 340 |
| 7. | <u>Bericht Postulate</u> | | Seite 347 |
| | - Betschart: Kriens muss wieder sicher werden | Nr. 048/09 | |
| | - T. Bründler: Mehr Sicherheit durch professionelle
Szenenüberwachung | Nr. 054/09 | |
| 8. | <u>Bericht Postulat T. Bründler:</u> Bikerkommission „Down-
hillstrecke“ | Nr. 033/08 | Seite 351 |
| 9. | <u>Interpellation Lanz:</u> Pflegebettenmangel in Kriens?
<i>schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 030/08 | Seite 353 |
| 10. | <u>Interpellation T. Bründler:</u> Hyperaktivismus im Umwelt-
schutzamt Kriens
<i>schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 031/08 | Seite 357 |
| 11. | <u>Interpellation Nyfeler:</u> Behindertengerechtes Bauen in
Kriens
<i>schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 041/09 | Seite 359 |
| 12. | <u>Interpellation Nyfeler:</u> Mietzinserhöhung bei Alterswohnun-
gen
<i>schriftliche Beantwortung</i> | Nr. 042/09 | Seite 361 |
| 13. | <u>Postulat Baumgartner:</u> Ein Dorfplatz mit mehr Herz für
Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 052/09 | Seite 363 |
| 14. | <u>Postulat Koch:</u> Boomender Weinbau im Kanton Luzern - Edle
Tropfen auch für Kriens!
<i>Begründung</i> | Nr. 056/09 | Seite 363 |
| 15. | <u>Postulat Urfer:</u> Bedarfsabklärung von betreuten Wohnformen
im Alter
<i>Begründung</i> | Nr. 057/09 | Seite 367 |

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 16. | <u>Motion Hug</u> : Umzonung des Salesiaparkes
<i>Begründung</i> | Nr. 061/09 | Seite 367 |
| 17. | <u>Motion Kalt</u> : Zurückweisung von Vorstössen
<i>Begründung</i> | Nr. 062/09 | Seite 370 |
| 18. | <u>Dringliche Motion Kalt</u> : Sofortige Umsetzung von überwie-
sener Motion 051/05
<i>Begründung</i> | Nr. 063/09 | Seite 372 |
| 19. | <u>Postulat Kalt</u> : Trottoirergänzung Ringstrasse
<i>Begründung</i> | Nr. 064/09 | Seite 377 |
| 20. | <u>Postulat Hauser</u> : Präventionsprojekt "sensor – erkennen und
handeln": Beteiligung von Kriens
<i>Begründung</i> | Nr. 065/09 | Seite 377 |
| 21. | <u>Postulat Kaufmann</u> : Heckveloträger für die Buslinie 15
<i>Begründung</i> | Nr. 067/09 | Seite 379 |

Neueingänge

- | | |
|------------|--|
| Nr. 033/08 | <u>Bericht Postulat T. Bründler</u> : Bikerkommission „Downhillstrecke“ |
| Nr. 048/09 | <u>Bericht zum dringlichen Postulat Betschart</u> : Kriens muss wieder sicher werden |
| Nr. 054/09 | und zum <u>dringlichen Postulat T. Bründler</u> : Mehr Sicherheit durch professionelle
Szenenüberwachung |
| Nr. 061/09 | <u>Motion Hug</u> : Umzonung des Salesiaparkes
<i>Eingang: 20.03.2009</i> |
| Nr. 062/09 | <u>Motion Kalt</u> : Zurückweisung von Vorstössen
<i>Eingang: 23.03.2009</i> |
| Nr. 063/09 | <u>Dringliche Motion Kalt</u> : Sofortige Umsetzung von überwiesener Motion 051/05
<i>Eingang: 27.03.2009</i> |
| Nr. 064/09 | <u>Postulat Kalt</u> : Trottoirergänzung Ringstrasse
<i>Eingang: 27.03.2009</i> |
| Nr. 065/09 | <u>Postulat Hauser</u> : Präventionsprojekt "sensor - erkennen und handeln": Beteili-
gung von Kriens
<i>Eingang: 30.03.2009</i> |
| Nr. 066/09 | <u>Bericht und Antrag: Baukredit Werterhaltung Schulanlagen</u>
<i>2. Etappe</i> |
| Nr. 067/09 | <u>Postulat Kaufmann</u> : Heckveloträger für die Buslinie 15
<i>Eingang: 08.04.2009</i> |
| Nr. 068/09 | <u>Bericht und Antrag</u> : Teilrevision des Feuerwehrreglementes |
| Nr. 069/09 | <u>Interpellation Luthiger</u> : Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2011 auf Budget
2010 und Finanzplanung
<i>Eingang: 06.05.2009</i> |
| Nr. 070/09 | <u>Interpellation Kaufmann</u> : Beseitigung des Abfalls von Nachtschwärmern und
Vollzug der Änderung des Übertretungsstrafgesetzes
<i>Eingang: 07.05.2009</i> |

Nr. 071/09 Postulat Portmann: Interessenkonflikte von GemeindeparlamentarierInnen, welche in einem Angestelltenverhältnis beim Kanton stehen
Eingang: 13.05.2009

1. Mitteilungen

Bruno Bienz begrüsst alle Anwesenden inkl. die Gäste auf der Tribüne zur Mai-Sitzung. Von der NLZ ist heute Michael Graber anwesend. Speziell begrüsst er die 1. Sekundarklasse von Verena Zwimpfer vom Kirchbühl. Sie wird die Sitzung ca. 1 Stunde mitverfolgen. Bruno Bienz findet es sehr sinnvoll, die Politik nicht trocken mit Lernen von Exekutive, Legislative und Judikative den Jugendlichen näher zu bringen, sondern dass durch Anteilnahme das Interesse geweckt wird. Für ihn wäre es selbstverständlich, dass in der Sekundarstufe alle Schülerinnen und Schüler die Parlamente (Einwohnerrat, Grossrat, Nationalrat, Ständerat) einmal besuchen könnten. Auch sollten die Politikerinnen und Politiker mit unbequemen Fragen, Problemen und Wünschen der Jugendlichen vermehrt konfrontiert werden. Er kann sie alle nur auffordern, dies zu machen.

Für die heutige Sitzung hat sich Toni Bründler entschuldigt. Er ist knapp an einem Herzinfarkt entkommen und befindet sich zurzeit im St. Anna. Nicole Nyfeler befindet sich auf dem Weg der Besserung und freut sich auf jeden Besuch, der ihr den Alltag im Spital verschönert. Bruno Bienz wünscht den beiden auf diesem Weg alles Gute und eine rasche Genesung.

Guido Solari nimmt heute KV-Prüfungen ab und wird nach der Pause eintreffen. Fredy Imgrüth übernimmt seine Stellvertretung. Mirjam Kalt wird ab ca. 14:30 Uhr anwesend sein und Robert Thalmann muss die Sitzung um ca. 16:30 Uhr verlassen. Aus diesem Grund beantragt die SVP, das Traktandum 12 Motion Thalmann: Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens (Nr. 050/09) vorzuziehen und neu als Traktandum 6 zu behandeln. Diesem Antrag wird nicht opponiert.

Am 25. Juni 2009 findet die Delegiertenversammlung des SOBZ statt. Die Krienser Delegierten Johanna Dalla Bona und Nicole Nyfeler können nicht daran teilnehmen. Es findet gleichzeitig auch noch die letzte Einwohnerratssitzung dieses Amtsjahres statt. Wenn jemand aus dem Einwohnerrat jedoch Interesse hat, an der Delegiertenversammlung teilzunehmen, soll man sich bitte bei Lothar Sidler melden.

Die Kaffeepause ist um 16:00 Uhr vorgesehen.

Von Mirjam Kalt ist die dringliche Motion: Sofortige Umsetzung von überwiesener Motion 051/05 (Nr. 063/09) eingereicht worden. Die Grüne Partei verzichtet auf eine Begründung.

Peter Portmann opponiert der Dringlichkeit und verweist auf Art. 57 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates.

Bruno Bienz stellt fest, dass aufgrund einer möglichen Abtraktandierung über die Dringlichkeit abgestimmt werden muss, obwohl der Vorstoss an der heutigen Sitzung behandelt wird und traktandiert ist.

Nachdem das elektronische Abstimmungssystem (noch) nicht funktioniert, wird mittels Hand-erhebung abgestimmt.

Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion Kalt: Sofortige Umsetzung von überwiesener Motion 051/05 (Nr. 063/09):

Mit 16:15 Stimmen wird die Dringlichkeit der Motion abgelehnt.

2. Protokoll Nr. 6 vom 29. Januar 2009

Nachdem keine schriftlichen Änderungsanträge eingereicht wurden, wird das Protokoll Nr. 6 vom 29. Januar 2009 genehmigt und verdankt.

3. Bericht und Antrag: Jahresrechnung 2008

Nr. 049/09

Bruno Bienz begrüsst Finanzsekretär Franz Bucher als Sachverständiger.

Simon Konrad namens der FGK dankt dem Gemeinderat für die frühe Zustellung der Unterlagen. Es ist somit ausreichend Zeit geblieben, sich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Die FGK als Controlling Kommission hat neu eine überwachende Funktion. Die Prüfung der Richtigkeit bzw. die fachlich korrekte Darstellung ist vollumfänglich Aufgabe der externen Revisionsstelle. Die FGK-Mitglieder haben bei ihren Abteilungsbesuchen den Schwerpunkt auf die Kontrolle der Geschäftstätigkeit der Verwaltung gelegt. Folgende Bereiche wurden von den Prüfteams der FGK angesehen: Steuerverwaltung (Erfassung der Steuerpflichtigen, Steuerfakturierung und Vollständigkeit), Kreditorenabteilung (Internes Kontrollsystem, Zahlungsverkehr) Schulliegenschaften, Spitex, Alterswohnungen Hofmatt, Verkehr, Strassenunterhalt. Die Besuche waren sehr informativ und tragen zum gegenseitigen Verständnis und zur Vertrauensbildung bei. Es wurden bei den Besuchen keine relevanten Mängel festgestellt.

Balmer-Etienne ist ebenfalls zu einem einwandfreien Ergebnis gekommen und hat der FGK Detailinformationen zum Zwischenbericht und zum Schlussbericht gegeben. So ist zum Beispiel das Delkredere (mutmassliche Debitorenverluste) mit Fr. 5 Mio. aufgrund der Finanzkrise zu Recht sehr hoch bemessen. Die Buchhaltung der Gemeinde Kriens ist ordnungsgemäss geführt. Zur Freude der FGK herrschen in der Verwaltung grosse Professionalität und ein hohes Fachwissen. Der Krienser Haushalt ist in guten Händen. Dies ist zusammengefasst im abgegebenen Revisionsbericht festgehalten.

Auf der anderen Seite ist die Jahresrechnung aus der finanzpolitischen Optik heraus zu würdigen. Sie weist ausserordentliche Bewegungen auf, sowohl bei den Kosten als auch bei den Erträgen. Es ist erfreulich, wenn Budgetüberschreitungen durch höhere Steuereinnahmen kompensiert werden können. Lieber aber hätte man ein dickeres Polster für die kommenden Jahre gebildet.

Die grossen Budgetabweichungen sind neu auf Seite 33 zusammengefasst und wurden von den Departementsvorstehenden erklärt. Die FGK begrüsst diese Transparenz, denn je besser diese ist, desto nützlicher ist die Jahresrechnung zu lesen.

Die finanzpolitischen Beurteilungen in der FGK reichten vom JCVP-Bergsteiger, der ohne Proviant über den Berg kommen muss, über Forderungen nach weiteren Steuersenkungen der SVP bis hin zu den Grünen – bei denen „die Party“ jetzt leider vorbei ist.

Nichtsdestotrotz hat die FGK einstimmig beschlossen, dem Einwohnerrat

1. die Rechnung 2008 zur Genehmigung zu empfehlen
2. den Jahresbericht und die Berichte der externen Revisionsstelle zustimmend zur Kenntnis zu nehmen
3. die Berichterstattung mit Beurteilung und Empfehlung der FGK an den Einwohnerrat mittels Protokoll vorzunehmen.

Martin Heiz stellt klar, dass die Gesamtschau natürlich Sache der FGK ist. Die BK hat die für sie relevanten Positionen angeschaut. Es wurde in der Detailberatung darauf hingewiesen, dass Einnahmen von Pacht- und Mietzinsen nicht pro Liegenschaft ersichtlich sind und auch nicht so vorliegen. Weiter wurde festgestellt, dass die Investitionen kleiner waren, als budgetiert. Mit den baurelevanten Konten sind alle Mitglieder der BK einverstanden und haben diesen einstimmig zugestimmt. Über die gesamte Jahresrechnung wurde jedoch nicht abgestimmt.

Gemäss Johanna Dalla Bona hat die SGK zur Gesamtrechnung keine Stellungnahme abgegeben. Bei der Detailberatung konnte Lothar Sidler viele der gestellten Fragen zur Zufriedenheit beantworten. Wieso die Bettenauslastung trotz grosser Warteliste nicht erreicht wurde, konnte nicht befriedigt beantwortet werden und hat weitere Fragen aufgeworfen. Macht es Sinn, dass ein Bett für kurze Zeit leer bleibt, damit die Arbeitsbelastung für das Personal nicht zu gross wird oder gäbe es da mit mehr Flexibilität nicht eine bessere Lösung? Wieso geht die Mischrechnung betreffend Belegung der Betten nach einem Todesfall nicht auf? Es ist verständlich, dass mit Räumen und Reinigen eines Zimmers dieses nicht sofort wieder belegt werden kann. Deshalb werden den Angehörigen des Verstorbenen laut Taxordnung immerhin noch 14 weitere Tage in Rechnung gestellt – zugegebenermassen auf der Basis einer reduzierten BESA-Stufe 0. Das Zimmer wird aber nach max. 7 Tagen wieder belegt. Dies müsste doch irgendwie aufgehen. Die Bettenauslastung wird sicherlich ein Thema sein, mit dem sich die SGK in nächster Zeit vertiefter auseinandersetzen wird.

Die Jahresrechnung 2008 mit den betroffenen Kontoposten wurde einstimmig genehmigt.

Martin Heini schliesst sich dem Dank für den ausführlichen Bericht und die Kommentare an. Dies war sehr hilfreich. Die USK hat die betreffenden Kontengruppen durchgearbeitet und die offenen Fragen geklärt. Das Eintreten war unbestritten wie auch die Kenntnisnahme des Bericht und Antrags. Man freute sich, dass das grosse Defizit ausgeblieben ist. Dies aufgrund der hohen Steuereinnahmen. Viele Aufwendungen entstanden ohne Beeinflussungsmöglichkeit durch die Exekutive oder Legislative. Leider geht diese Entwicklung weiter. Die Verwaltung hat gut budgetiert und gearbeitet.

Die Nachtragskredite für Denkmalpflege, Heimatschutz, Naturschutz und landwirtschaftliche Hochbauten konnten geklärt werden. Zur Lohnentwicklung im USD informierte Cyrill Wiget im Detail. Über die letzten 10 Jahre bewegten sich die Stellenprozente zwischen 290 und 300. Trotz Aufgaben-Umverteilungen bewegte sich die Lohnsumme im entsprechenden Masse im Prozentbereich – entgegen anders lautenden Bekanntmachungen.

Bei der Feuerwehr wurde das Vermögen von Fr. 6 Mio. als hoch empfunden. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass bekanntlich ein Neubau des Feuerwehrlokals geplant ist. Weiter musste in der Sportanlage Kleinfeld die Heizung saniert werden. Die Rechnung 2008 wurde von der USK einstimmig zur Kenntnis genommen.

Monika Marbacher bedankt sich namens der BiK beim Präsidialdepartement für die detaillierten Ausführungen zur Jahresrechnung 2008. Keine Freude hat die BiK bezüglich des Mehraufwandes im Bildungsbereich von Fr. 0.94 Mio. Begründet wird der Mehraufwand z.B. mit der Besoldung der Lehrpersonen, wo die nachträglich beschlossenen Lohnmassnahmen vom Kantonsrat von 0.5 % eine Rolle spielten. Zudem mussten mehr Vertretungen von Lehrpersonen infolge Krankheit eingesetzt werden. Dies belastet die Rechnung mit Fr. 460'000.00. Budgetiert wurde 1 % der gesamten Lohnsumme.

Weitere grosse Posten an Mehraufwendungen sind bei der Musikschule und den Schulliegenschaften durch mehr Beiträge an Sonderschulen und Heime zu verzeichnen.

Die BiK-Mitglieder können die Mehraufwendungen gut nachvollziehen, denn diese gründen auf kantonale Vorgaben und weitere Kostenfaktoren.

Die BiK hat die Jahresrechnung 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Auch Judith Luthiger bedankt sich für alle fundierten Unterlagen und die hilfreichen Ausführungen zu den einzelnen Zahlen in der Rechnung. Der Dank geht an alle, die in irgendeiner Form daran gearbeitet haben. Aus einem budgetierten Fr. 3,3 Mio. Minus hat schlussendlich ein Minus von Fr. 0,5 Mio. resultiert. Alles in Allem bei einem Gesamtaufwand von Fr. 154,7 Mio. eine recht hohe Budgettreue.

Trotzdem muss man sich ernsthaft fragen, weshalb die umliegenden Gemeinden fette Gewinne schreiben und Kriens nicht. Die SP hat es im Budgetkampf letztes Jahr aufgezeigt und sogar die SVP hat ihr damals recht gegeben. Kriens hat ein schlechtes Steuersubstrat. Die Hälfte der Krienser Bevölkerung hat ein steuerbares Einkommen unter Fr. 40'000, $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung ein steuerbares Einkommen unter Fr. 60'000. Nur ein kleiner Prozentsatz der Krienserinnen und Krienser verdient überdurchschnittlich viel. Nur Dank der guten Wirtschaftslage hat Kriens höhere Steuererträge eingenommen. Wären diese realistischer budgetiert worden, wäre der Verlust höher ausgefallen. Im jetzigen Budget 2009 rechnet man mit 5 % Mehrerträgen und im 2008 mit lediglich 2,5 % und dies zu wirtschaftlich guten Zeiten. Die höchsten Mehrausgaben sind in den Bereichen Bildung und Gesundheit zu finden. In der Bildung gelingt es nicht, die Kosten realistisch zu budgetieren. Fast Fr. 1 Mio. Mehraufwand ist enorm. Allerdings sind die zusätzlichen Ausgaben klar ausgewiesen und absolut nachvollziehbar. Vor allem die Budgetierung der Lohnmassnahmen sind erst nach der Budgetverabschiedung vom Kanton beschlossen worden. Bei den Mehrausgaben sieht man notwendige, keine "nice to have" Ausgaben. Bei der Budgetierung der Stellvertretungen sollte man jedoch zukünftig genauer budgetieren. Die Erfahrungswerte der letzten Jahre sollen berücksichtigt und mit höheren Prozentsätzen gerechnet werden. Auch müsste es gelingen, den Kostenteiler Kanton und Gemeinden auszugleichen. Der Gemeinderat und die Krienser Kantonsräte sollen sich dafür einsetzen.

Bei der Gesundheit konnte man nicht voraussehen, dass die Spitex aufgrund zunehmend früherer Spitalentlassungen mehr Leistungsstunden aufwenden musste. Der Minderertrag bei den Heimen und die uneinbringlichen Krankenkassen Kosten lassen aufhorchen, denn das Budget 2009 ist noch enger geschnallt. Der Spardruck steigt.

Die SP lässt sich nicht blenden von der tiefen Pro-Kopf-Verschuldung. Sie würde auch schlagartig um mehr als Fr. 1'000 erhöhen, wenn man die Garantieverpflichtung gegenüber der Pensionskasse berücksichtigen würde. Der Deckungsgrad liegt momentan bei 56 %, das ist eine Deckungslücke von Fr. 43,3 Mio..

Auch die gesunkenen Ausgaben für wirtschaftliche Sozialhilfe sind für die SP nur eine Momentaufnahme. Die Wirtschaftslage hat sich markant verändert und die SP ist sicher, dass sich die Ausgaben in diesem Bereich in der 2. Hälfte 2009 und im 2010 verändern werden. Es wird bedauert, dass die geplanten Investitionen nicht ausgeführt wurden. Dies sind vor allem die notwendigen Sanierungen der Spiel- und Pausenplätze und die Werterhaltungsprojekte der Schulhäuser. Die Mehraufwände für Heizkosten sprechen Bände. Die SP hat immer wieder auf die Werterhaltung der gemeindeeigenen Gebäude aufmerksam gemacht. Je länger man Sanierungen aufschiebt, desto teurer werden sie.

Kritisch sieht die SP auch die Ausführungen im Bereich öffentliche Sicherheit: mehr Aufwand für Vormundschaften, mehr Nettoaufwand für Sicherheitsdienst, mehr Aufwand für Massnahmenvollzug. Diese Zahlen müssen im Budget 2010 besser budgetiert werden.

Die Nachtragskredite sind gut nachvollziehbar. Es sind notwendige, sinnvolle Ausgaben. Allerdings wurde beim Maschinenpark zu wenig budgetiert. Es sollte jährlich ein Betrag eingesetzt werden, damit in die Jahre gekommene Maschinen, die ausfallen, ersetzt werden können.

Wenn jetzt wegen diesen „nur Fr. 0,5 Mio.“ Verlust, Gelüste nach Steuersenkungen wach werden, so sind diese zum jetzigen Zeitpunkt kurzsichtig und verantwortungslos. Die momentane Wirtschaftslage und die eventuelle Umsetzung der Steuergesetzrevision 2011 werden die künftigen Krienser Rechnungen belasten und Kriens muss noch wichtige Gemeindeaufgaben lösen. Steuersenkungen bedeuten nur Geldabfluss, keinen Mehrgewinn. Die SP macht beim ruinösen Steuerwettbewerb nicht mit.

Zusammengefasst wurde gute Arbeit geleistet. Ein Lob an die Verwaltung. Einige Zahlen lassen aufhorchen und sind sehr kritisch zu beurteilen, vor allem müssen einige Zahlen genauer angeschaut werden, wenn das Budget 2010 ausgearbeitet wird.

Die SP stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu, den Verlust dem Eigenkapital zu belasten.

Gemäss Kathrin Graber ist aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion das Resultat der Gemeinderechnung zufriedenstellend. Sie dankt allen Verantwortlichen in der Gemeindeverwaltung für die geleistete kompetente Arbeit und das grosse Engagement im vergangenen Jahr.

Kriens ist dieses Jahr noch mit einem blauen Auge davon gekommen. Leider ist davon auszugehen, dass sich die Wirtschaftskrise auch in Kriens, spätestens 2010, erst noch auswirken wird. Negativ ausgewirkt hat sich die Finanzkrise bereits auf die Sanierung der Pensionskasse, da dadurch die Deckungslücke noch grösser wird. Insofern schwebt das Damoklesschwert der Finanzkrise auch über der Gemeinde Kriens. Der Umfang der Auswirkungen und die Dauer der Finanzkrise sind noch schwer abzuschätzen und werden auch von Finanzexperten unterschiedlich beurteilt. Licht am Horizont zeigt sich nun erstmals, indem Ökonomen aufgrund der Börsenentwicklung davon ausgehen, dass die Talsohle überschritten sei. Ob allerdings die Trendwende bereits geschafft ist, ist fraglich. Sicher ist, dass Kriens in den kommenden Jahren nebst der Finanzkrise auch noch einschneidende Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision 2011 verkraften müssen. Problematisch ist zudem, dass sich Kriens im Ge-

gensatz zu den anderen Gemeinden für diese Krisenjahre wenig Reserven schaffen konnte und bereits in fetten Jahren rote Zahlen schreibt. Das gibt uns zu denken. Für die CVP/JCVP-Fraktion muss zuerst die Finanzkrise und die Steuergesetzrevision überstanden und verdaut werden, bevor eine weitere Steuersenkung verantwortbar ist.

Bei der vorliegenden Rechnung hat sich die Finanzkrise noch wenig ausgewirkt und es sieht noch recht rosig aus, grösserer Netto-Ertrag bei den Gemeindesteuern um Fr. 4,2 Mio. und Fr. 1,2 Mio. weniger Nettoaufwand für die gesetzliche Sozialhilfe aufgrund der Wirtschaftslage und aufgrund von erfolgreichen Eingliederungsmassnahmen. Doch dies ist offensichtlich nur ein Zwischenhoch. Bereits in der aktuellen Rechnung ergeben sich Anzeichen, dass sich Wirtschaftskrise schon beginnt auszuwirken, indem der Nettoaufwand bei der Mutterschaftsbeihilfe und dem Alimenteninkasso höher ist. Zudem ist davon auszugehen, dass das Wachstum von Steuererträgen, das im Budget mit 5 % gerechnet worden ist, in diesem Jahr kaum erreicht werden wird.

Die Abweichungen gegenüber der Budgetierung wurde für die CVP/JCVP-Fraktion grundsätzlich glaubhaft begründet. Insbesondere auch im Bereich der Bildung, wo erheblich Mehraufwendungen aufgrund von Stellvertretungen und Krankheitsfällen resultierten. Mehrheitlich sind die Abweichungen auf nicht vorhersehbare Faktoren zurückzuführen (z.B. höhere Energiekosten, Neuverteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden aufgrund der Finanzreform und höhere Aufwendungen bei Umbauten im Museum oder in der Bibliothek). Man fragte sich allerdings auch, ob gegenüber anderen Jahren weniger vorsichtig budgetiert worden ist. Gewisse Faktoren und deren Auswirkungen waren nämlich schon seit längerem bekannt. Die Sprecherin denkt an die Auswirkungen der Finanzreform 2008 oder die Auswirkungen des Gemeindegesetzes auf die Anlagebuchhaltung und die Abschreibung der Bestandeswerte, dessen Bestimmungen seit 2005 gelten und bekannt sind. Zwar hat Kriens sehr viel mehr Nettoertrag gegenüber dem Budget erreicht, nämlich bei den Gemeindesteuern einen Netto-Mehrertrag gegenüber dem Budget von Fr. 4,2 Mio. Trotzdem schreibt Kriens beim Jahresabschluss rote Zahlen, weil die Gemeinde während des Jahres sehr viel mehr ausgegeben hat als budgetiert war. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst es daher, dass wie im Jahresbericht vorgesehen (S. 9), eine Controlling-Gruppe zur Budget-Überwachung der Laufenden Rechnung gebildet wird und die Controllinginstrumente systematisiert und ergänzt werden. Es sind dies zwei Massnahmen, die aus ihrer Sicht schon längst fällig gewesen wären.

Wie es Daniel Piazza schon erwähnt hat in der FGK steht Kriens vor einem hohen Berg. Kathrin Graber ergänzt noch, dass der Trainingsstand und die Wetterbedingungen nicht optimal sind und man schauen muss, wie die Überschreitung des schmalen Grates erfolgreich erreicht werden kann.

Mit den genannten Bemerkungen stimmt die CVP/JCVP-Fraktion der vorliegenden Rechnung zu und nimmt den Jahresbericht 2008 zur Kenntnis.

Gemäss Peter Portmann nimmt die SVP Fraktion erfreut zur Kenntnis, dass die vorliegende Rechnung mit einem Defizit von Fr. 548'446.00 anstatt dem budgetierten Verlust von Fr. 3'305'000.00 schliesst. Die bürgerliche Steuersenkungspolitik hat bewiesen, dass sich die Gemeinde Kriens in fiskalpolitischer Hinsicht auf dem richtigen Weg befindet. Nach wie vor ist effizienteres Haushalten und vorsichtiges Investieren gefragt. Steuersenkungen und kontinuierlicher Schuldenabbau werden in den nächsten Jahren die Eckpfeiler der SVP-Fiskalpolitik sein. Die SVP-Fraktion ist für weitere Steuersenkungen offen. Denn nur mit An-

gleichung des Steuerfusses an das durchschnittliche Niveau der Agglogemeinden kann eine künftige Fusion verhindert werden. Dazu einige Eckdaten aus der Rechnung 2008:

Abschreibungen

Wären die Abschreibungen im Rahmen des Voranschlages 2008 erfolgt, hätte Kriens eine ausgeglichene Rechnung präsentieren können. (Seiten 6 /53)

Soziale Wohlfahrt

Für die SVP-Fraktion ist es erfreulich, dass der Nettoaufwand für die gesetzliche Sozialhilfe um Fr. 1,2 Mio. geringer ausgefallen ist als budgetiert. Auch der geringere Nettoaufwand von Fr. 120'000.00 im Arbeitsamt ist positiv zu vermerken.

Die Vorboten der Krise sind bereits da und Prognosen sind nicht einfach vorauszusagen. Von der Finanzkrise ist unsere Region eher am Rande betroffen. Man muss nicht mit Steuerausfällen von Banken und Finanzgesellschaften rechnen. Allerdings ist es vorprogrammiert, dass die Kosten für die soziale Wohlfahrt wieder steigen werden.

Es ist der SVP auch bewusst, dass die Mitte – Links Koalition in diesem Rat aufgrund der momentanen Wirtschaftskrise erneut den Teufel an die Wand malen wird. Forderungen, welche die Gemeindekasse unnötig belasten werden, wird die SVP mit allen Mitteln bekämpfen.

Pensionskasse

Der Deckungsgrad der Pensionskasse beträgt nun per 31. Dezember 2008 56 %. Eine Deckungslücke von Fr. 43.3 Mio. ist aus Sicht der SVP besorgniserregend und schadet dem Image der Gemeinde Kriens. Der Bericht und Antrag über die Ausfinanzierung der Pensionskasse, welche im Herbst vorgelegt wird, wird vermutlich erneut zu grossen Diskussionen führen. Die SVP ist an einer raschen Lösung des Pensionskassen-Problems interessiert.

Kapitaldienst

Erfreulich wird zur Kenntnis genommen, dass das kurzfristige Darlehen vom Fr. 5 Mio. zurückbezahlt werden konnte. Auch der hohe Bestand der flüssigen Mitteln von über Fr. 10 Mio. betrachtet die SVP als positives Zeichen für die gute Verfassung der Gemeindefinanzen.

Fazit

Mit diesem Resultat fühlt sich die SVP-Fraktion bestätigt, den richtigen fiskalpolitischen Weg eingeschlagen zu haben. Die SVP Kriens wird nach wie vor ihr Interesse auf zwei Bereiche fokussieren: Einerseits müssen wünschenswerte Investitionen von notwendigen Investitionen unterschieden werden. Den Wunschprojekten wird die SVP eine klare Abfuhr erteilen. Andererseits wird sich die SVP vehement gegen aufkommende Begehrlichkeiten wehren, welche zu einem unkontrollierten Anstieg der Kosten der laufenden Rechnung führen. Das Ziel der SVP ist, per 2010 die Steuern nochmals um 1/20 zu senken.

Die SVP ist für Eintreten zur Rechnung 2008

Für Simon Konrad namens der FDP war es ein "fettes Jahr" - Fr. 5.2 Mio. mehr Einnahmen und das inkl. einer Steuersenkung. Ernüchternd ist, dass da noch ein Verlust ausgewiesen wird. Wieso konnte Kriens nicht ein dickeres Polster bilden? Mögliche Gründe:

- Fr. 1.5 Mio. zusätzliche Abschreibungen (z. Budget)
- Zu hohe Abgrenzungen: Laut Schlussbericht Balmer-Etienne ist die Abgrenzung (TP) der Rechnungen vom Kanton für Heimfinanzierung/Ergänzungsleistungen/Prämienverbilligung um Fr. 572'000 zu hoch. Mit der Berücksichtigung der effektiven Rechnungen (die erst

- seit letztem Jahr frühzeitig eintrifft) wäre der Verlust 2008 schon in einen Gewinn 2008 mutiert. Mit der Rückbuchung bleibt aber so ein erfreuliches Startkapital für 2009.
- Fr. 870'000 zusätzliche Einlagen in Spezialfinanzierungen (wobei vor allem der Ökihof mit einer halben Million ins Auge sticht, S. 16)
 - Rückstellungen Spezialfinanzierung Total Fr. 48 Mio., (Ökihof Fr. 1.8 Mio.)

So kommen doch schnell ein paar Millionen zusammen. Leider fehlt aber in Kriens in einigen Bereichen der Sparwille. Es ärgert, dass der Kanton bei den Bildungsausgaben 22 % der Kosten bezahlt, aber 100 % darüber bestimmt. Hier besteht aus Sicht der FDP Handlungsbedarf. Jedoch ist auch eine halbe Million der Mehrausgaben hausgemacht: mehr Klassen als budgetiert, mehr Kosten für Stellvertretungen. Die Bildung, noch immer ein Tabuthema, bei Fr. 1.2 Mio. Mehrkosten zum Vorjahr und das bei rückläufigen Schülerzahlen. Die geplanten Kosten für Stellvertretungen von

1 % reichen bei weitem nicht aus und müssen künftig wirklichkeitsnah budgetiert werden. Die Gesundheit + Fr. 560'000 mit dem Problemfall Grossfeld wird Kriens wahrscheinlich noch weitere Jahre begleiten. Auch werden die guten Leistungen der Spitex mit der sympathischen Werbung zunehmend in Anspruch genommen. Die heutige Leistungsvereinbarung lässt nach oben offene Beiträge zu. So verwundern die Fr. 212'000 zusätzlich zu den Fr. 2 Mio. keineswegs. Hier strebt die FDP ein Globalbudget an, das der Spitex die Selbständigkeit aber auch gewisse Risiken belassen soll.

Erfreulich ist, dass die Fr. 1.55 Mio. Steuerschwankungsreserve in der Bestandesrechnung S. 75 noch immer unangetastet bleiben, die Zunahme des Eigenkapitals auf Fr. 15.3 Mio. und die tiefe pro Kopf Verschuldung von Fr. 1'130, welche etwa der Hälfte des kantonalen Mittels entspricht.

Die FDP-Fraktion genehmigt die Jahresrechnung und nimmt den Jahresbericht und den Bericht der Revisionsstelle zustimmend zur Kenntnis.

Gemäss Erich Tschümperlin namens der Grünen Partei ist die Party vorbei. Die schönen Jahre mit den regelmässigen Überschüssen sind Vergangenheit. Dabei sind in dieser Rechnung noch keine Spuren der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar. Auch wenn man immer wieder hört, dass Kriens davon nicht betroffen sein wird, glaubt der Sprecher nicht, dass Kriens eine Insel ist. Die Auswirkungen der verschiedenen Finanzreformen werden die Rechnung in Zukunft zusätzlich stark belasten. Erich Tschümperlin geht an dieser Stelle auf zwei Budgetposten kurz ein, weil sie ihn für die Zukunft zusätzlich pessimistisch stimmen: Die vielmals gescholtene Soziale Wohlfahrt hat um Fr. 1.2 Mio. besser abgeschlossen als budgetiert. Die Einnahmen bei den Gemeindesteuern sind um Fr. 4.2 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Diese zwei Budgetposten haben die Rechnung 2008 gerettet. Alle wissen aber auch, dass gerade diese zwei Budgetposten im nächsten Jahr ganz stark unter Druck geraten werden. Damit wird klar, dass die Zeit der Geschenke endgültig vorbei ist. Beim nächsten Budget ist Realismus gefragt.

Auffallend ist, dass nicht einmal die Hälfte der budgetierten Investitionen ausgelöst wurden. Dies ist beunruhigend, denn es gefährdet vielleicht sogar dringend nötige Investitionen in der Zukunft. Und bei den Schulhäusern zehrt dies weiter an der Substanz und führt gar zu zusätzlichen Folgekosten. Bei den Schulhäusern (B&A 066/2009) wurde von einem Strategiewechsel beim Unterhalt gesprochen. Erich Tschümperlin stellt eher das Gegenteil fest. In diesem Zusammenhang ist er gespannt, wie sich die verschiedenen Parteien zu den anstehenden In-

vestitionen stellen werden, speziell denkt er da an die Zentrumsplanung, aber auch an das Schwimmbad. Statt Geld auf die Seite zu legen für das neue Zentrum, hat die Mehrheit des Einwohnerrates Steuersenkungen beschlossen. Der Sprecher ist gespannt, ob Kriens in der Lage sein wird, diese Projekte bei solchen Zukunftsaussichten auch wirklich zu realisieren. Diese gewaltigen Investitionen werden markante Spuren in der zukünftigen Rechnung hinterlassen.

Von der Rechnung her kann man sagen, dass Kriens ziemlich abgemagert, ja sogar ausgemergelt in die Krise geht. Viele Ausgaben und auch die Mehrkosten sind gebundene Aufwendungen, die nicht beeinflussbar sind. Auf Kriens kommen schwierige Zeiten zu. All die Steuergeschenke haben tiefe Spuren in der Rechnung hinterlassen.

Die Grüne-Fraktion stimmt der Rechnung 2008 zu.

Paul Winiker hat Verständnis, dass für einige die Jahresrechnung 2008 bereits Schnee von gestern ist. Anhand einer Powerpoint-Präsentation, welche dem Einwohnerrat schriftlich abgegeben wird, geht er auf einige Punkte, wie die strukturellen Veränderungen, die Hauptmerkmale der Abweichungen vom Budget und Rechnung, die Investitions- und Bestandesrechnung sowie Bilanzanmerkungen und die kurz- und langfristigen Schulden, detaillierter ein. Am Schluss bedankt er sich bei allen Kommissionen und allen Mitarbeitenden für die professionelle Arbeit. Der Gemeinderat ist bezüglich der weiteren finanziellen Entwicklung auch verunsichert. Er wird die Revision des Finanz- und Aufgabenplanes vorziehen, damit im Budget 2010 bereits entsprechende Aussagen gemacht werden können.

Für Räto Camenisch sind die Ausführungen von Paul Winiker richtig. Man kann nicht über die Rechnung sprechen und dabei nicht ans Budget denken. Die Zitrone ist schon lange ausgepresst, obwohl immer wieder Saft herauskommt. Die SVP hat schon immer gesagt, dass nur in Notzeiten Defizite resultiert werden dürfen. Dafür wurden sie immer ausgelacht. Nun sieht es so aus, dass es Kriens noch schlechter gehen kann. Die SVP ist bereit, die Schulden zu erhöhen. Kriens muss jedoch eine attraktive Gemeinde bleiben. Kriens ist keine Steueroase und klar verbesserungsfähig. Darum ist die SVP für die Durchsetzung der Motion Thalman: Schrittweise Annäherung des Steuerfusses an das Niveau der Agglomeration (Nr. 262/08), welche am 30. Oktober 2008 vom Einwohnerrat überwiesen wurde.

Gemäss Joe Brunner malt die linke Politik nicht den Teufel an die Wand und jammert, sondern fordert einen sachlichen und schonenden Umgang mit Finanzen. Der Sprecher rät der rechten Seite davon ab, Red Bull zu trinken, um davon Steuersenkflügel zu bekommen. Besser wäre es, etwas Beruhigerendes zu sich zu nehmen, bis die Auswirkungen der kommenden Jahre genau analysiert werden können.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der **Detailberatung** begonnen werden kann.

Konto -Nr. 011.00.318.09 - Einwohnerrat/Übrige Dienstleistungen Dritter

Bernadette Hauser will wissen, wie viel die Software für das neue elektronische Abstimmungssystem tatsächlich gekostet hat.

Gemäss Franz Bucher betragen die Kosten dafür Fr. 15'000.

Helene Meyer-Jenni weiss, dass ein Teil der Mehrkosten die zusätzlich gewünschten farbigen Sitzungsfelder sowie die Anschaffung eines Beamers beinhalten.

Bernadette Hauser ist überrascht, weil im Vorfeld nur von rund Fr. 5'000 die Rede war.

Bruno Bienz antwortet, dass die Software rund Fr. 9'000 gekostet hat. Zudem war der Lieferant nicht mehr eine Firma von Deutschland, sondern eine Firma von Zug.

Helene Meyer-Jenni ergänzt, dass dies jedoch alles von der Geschäftsleitung des Einwohnerrates genehmigt wurde.

Bruno Bienz stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und liest den **Beschlussestext**:

1. Die Jahresrechnung 2008, umfassend die laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Bestandesrechnung per 31. Dezember 2008, wird wie folgt genehmigt:

Laufende Rechnung

Gesamtertrag	Fr.	154'174'824.09
Gesamtaufwand	Fr.	<u>154'723'269.74</u>

Aufwandüberschuss	Fr.	548'445.65
-------------------	-----	------------

Investitionsrechnung

Einnahmen	Fr.	1'706'997.35
Ausgaben	Fr.	<u>3'391'064.60</u>

Nettoinvestitionen	Fr.	1'684'067.25
--------------------	-----	--------------

Bestandesrechnung per 31.12.08

Aktiven und Passiven	Fr.	198'025'990.81
----------------------	-----	----------------

2. Der Jahresbericht 2008 des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung über die Jahresrechnung 2008:

Die Jahresrechnung 2008 wird einstimmig genehmigt.

Bruno Bienz dankt Franz Bucher und seinen Mitarbeitenden für die gute Arbeit und verabschiedet diesen gleichzeitig.

4. Bericht und Antrag: Baukredit Werterhaltung Schulanlagen 2. Etappe Nr. 066/09

Bruno Bienz begrüsst als Sachverständiger Stephan Buser, Abteilungsleiter Liegenschaften/Bau.

Gemäss Martin Heiz informierte Matthias Senn in der BK, dass die Werterhaltungsmassnahmen an den Schulanlagen trotz Steuersenkung im Jahr 2009 weitergeführt werden. Geplant war die Weiterführung erst im Jahr 2010. Der Baukredit für die 2. Etappe konnte aufgrund von Offerten ermittelt werden, was zu einer genaueren Kostenermittlung führte. In der 1. Etappe hat man den Kredit noch aufgrund einer Kostenschätzung berechnet.

Die Werterhaltungsmassnahmen sind in zwei Bauphasen gegliedert. Mit diesem Bericht wird die 1. Bauphase für die Sanierung der Gebäudehüllen des Schulhaus Roggern 1 & 2 sowie für die Schulanlage Krauer ausgelöst. In einer 2. Phase und mit einem weiteren Bericht und Antrag wird dann die Innensanierung im Sommer 2010 geplant. Dieses Vorgehen fand die Zustimmung in der BK. Vor allem wurde es als sehr gut empfunden, dass jetzt nicht nur die Aussensanierungen, sondern auch die Innensanierungen an die Hand genommen werden. Die Mitglieder der BK wurden orientiert, dass bezüglich Beleuchtung ein Konzept erstellt wurde. Dieses beinhaltet u.a. die Aktualisierung in Bezug auf die Energie sowie die Sicherstellung für die zukünftige Beschaffung der Leuchtmittel.

Minergie mit Komfortlüftung wird bei Neubauten verlangt, nicht aber bei Sanierungen. Für die Einzelbauteile wurde ein hoher Standard geplant, welcher auch gefordert ist. Entsprechende Varianten diesbezüglich wurden geprüft.

Die im Bericht unter Ziffer 7.3 – Energiebilanz Schulhaus Roggern – erwähnte Variante 1 ist die Grundvariante, auf dessen der Kostenvoranschlag ausgearbeitet wurde. Die Variante 2 ist eine Zusatzvariante.

Die Dachvorsprünge beim Schulhaus Roggern werden 25 cm grösser erstellt, damit konstruktiv für später alles für eine Aussenwärmedämmung vorbereitet ist.

Dem Bericht und Antrag, wie er vom Gemeinderat vorgeschlagen wird, hat die BK einstimmig zugestimmt.

Monika Marbacher stellt fest, dass die BiK-Mitglieder mit Genugtuung die Gesamtsanierung der Schulanlagen zur Kenntnis genommen haben. Die Strategiewechsel des Gemeinderates – weg von der Innen-Aussenhüllenpolitik hin zur Gesamtsanierungen – wird begrüsst. Die BiK steht voll und ganz hinter den aufgeführten Massnahmen und hat dem Bericht und Antrag einstimmig zugestimmt.

Gemäss Robert Thalmann sagt die SVP ja zu Kriens und ja zu gut erhaltenen und gut ausgebauten dezentralen Schulhäusern. Bereits 2006 hat die SVP zum Gesamtpaket ja gesagt. Gute Schulhäuser allein machen aber noch keine gute Schule aus. Sie sind nur eine von vielen Rahmenbedingungen. Auch Reformen machen noch keine gute Schule aus. Der Sprecher erinnert den Gemeinderat daran, dass auch Kriens am 28. September 2008 zu HARMOS klar

nein gesagt hat; 3'101 Ja-Stimmen standen 3'746 Nein-Stimmen entgegen. Die schleichende Einführung des Harnos-Konkordates in Luzern und Kriens darf daher nicht erfolgen und wäre auch zutiefst undemokratisch.

Die Schulhäuser Roggern 1 und 2 sowie Krauer sollen auch nach der Meinung der SVP wie vorgeschlagen saniert werden. Dazu jedoch zwei kritische Anmerkungen: Die Abwartwohnung im Roggern wird aufgehoben. Dies ist schade, sollte doch der Abwart vor Ort sein. Weiter wurden die Kosten 2006 auf Fr. 3'872'000 geschätzt. Rechnet man nun die Teuerung auf, gibt dies ein Betrag von Fr. 4'220'000. Neu wird ein Baukredit von Fr. 4'950'000 beantragt. Dies macht eine Differenz von + Fr. 700'000 aus.

Die beiden auf S. 14 Ziff. 7.5 aufgezeigten Varianten mit unverhältnismässigen Mehrkosten werden ebenso klar wie strikte abgelehnt. Wie von zuständiger Stelle moniert, wären die Mehrkosten völlig unverhältnismässig. Es wurde hier von fachkompetenter Seite auch von Verhältnisblödsinn gesprochen. Sofern ein entsprechender Antrag auf Ausführung der Variante 2 kommen sollte, wird sich die SVP dagegen wehren. Die Mehrkosten für die Variante 2 von Fr. 410'000 beim Schulhaus Roggern resp. von Fr. 350'000 beim Schulhaus Krauer rechnen sich nie und nimmer. Bei der Vergabe sind, wenn immer möglich, einheimische Gewerbebetriebe zu bevorzugen. Solche Betriebe, die hier auch Steuern bezahlen.

Martin Heini stellt fest, dass Kriens auf dezentrale Schulhäuser in den Quartieren baut und dass der Gemeinderat bezüglich Innen- und Aussensanierung einen Strategiewechsel vornimmt. Dies ist notwendig, damit keine "Pflasterlipolitik" betrieben wird. Die Gemeinde erfüllt den kantonalen Auftrag und folgt den Bestimmungen nach grösserem Raumbedarf. Sie vergibt jetzt in einer schwierigen wirtschaftlichen Zeit begehrte Aufträge an die Wirtschaft. Dieses antizyklische Verhalten der öffentlichen Hand hat die SP schon immer gefordert. Die Projekte sind nun ausgereift und die Finanzierung dafür geregelt, darum ist nun der richtige Zeitpunkt für die Sanierungen. Der Gemeinderat erfüllt seinen Auftrag und damit eine jahrelange Wunschforderung der SP. Seit 2006 hat das Baudepartement den Investitionsbedarf aufgezeigt, welcher vom Einwohnerrat jedoch immer wieder zurückgestellt wurde. Die heutige Gesamtplanung ist notwendig, damit der immense Nachholbedarf an Sanierungen und Schulräumen aufgezeigt werden kann. Die Gesamtplanung ist umfassend und beinhaltet die entsprechenden Bauphasen.

Andere Schulhäuser wie das Feldmühle-Schulhaus sind in einem desolaten Zustand und müssen auch dringendst saniert werden

Bei der heutigen Sanierung soll auch die Bauökonomie berücksichtigt und Förderbeiträge angepeilt werden. Die SP wird die entsprechenden Anträge unterstützen. Dies sollte auch im Interesse aller Ratsfraktionen sein. Schliesslich ist Kriens eine Energiestadt.

Die SP unterstützt den Bericht und Antrag einstimmig.

Gemäss Erich Tschümperlin nimmt die Grüne Partei mit grosser Freude den Strategiewechsel beim Unterhalt der Schulhäuser (und hoffentlich auch bei den anderen Liegenschaften) zur Kenntnis. Dies ist ein uraltes grünes Anliegen und sie sind sicher, dass dies nicht nur umweltfreundlicher sondern auch wirtschaftlicher ist. Einmal mehr zeigt sich, dass Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit ganz und gar nicht im Widerspruch zueinander stehen müssen. Der Kredit ist bei den Grünen unbestritten. Ein paar Fragen und gute Vorschläge dazu sind jedoch trotzdem vorhanden: Für die Objekte mit sehr langer Nutzungsdauer stehen die Unterhaltskosten in einem wesentlichen Verhältnis zu den Erstellungskosten, respektive Sanierungskosten.

Deshalb wäre eine Sanierung nach Minergie Standard durchaus sinnvoll. Erich Tschümperlin möchte an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass der Minergie Standard für Sanierungen nicht mit dem Minergie Standard für Neubauten verwechselt werden darf - dies sind zwei verschiedene paar Schuhe. Im Bericht wird im Kapitel 4.3 sehr schön ausgeführt, was das für Kriens bedeutet: *„Die SIA Norm 380/1, (Ausgabe 2009) und die Teilrevision der kantonalen Energieverordnung (kEnV) mit neuen Anforderungen an die Grenzwerte für Wärmedurchgangskoeffizienten bei Umbauten und Umnutzungen verpflichtet vor allem öffentliche Bauherren, entsprechende Massstäbe für energie- und umweltgerechte Bauten zu setzen.“* Dabei wird bei Neubauten von Minergie-P und bei Umbauten von Minergie Neubauanforderung ausgegangen. Die Gemeinde Kriens hat hier eine Vorbildfunktion. Aufrufe und Appelle an die Bevölkerung und Bauherren sind das eine, nur selber handeln macht glaubwürdig. Deshalb fordert Erich Tschümperlin den Gemeinderat auf, mindestens das Schulhaus Krauer nach Minergie zertifizieren zu lassen. Ob die Mehrkosten wirklich im aufgezeigten Rahmen liegen, ist ihm nicht klar. Bei der Finanzierung wird auf die Förderbeiträge der „Stiftung Klimarappen“ hingewiesen. Der Kanton Luzern hat jedoch auch ein eigenes „Förderprogramm Energie – Gebäudeerneuerung“ und zahlt bis Fr. 100'000 an Sanierungen. Gebäude im MINERGIE - und MINERGIE - P – Modernisierungsstandard erhalten einen Zusatzbeitrag (Bonus). Bei der Wirtschaftlichkeitsrechnung werden die jährlich Heizkosteneinsparung berechnet. Dabei wird von Energiekosten von Rp. 6,7/kWh ausgegangen. Wie alle wissen, sind die Energiekosten grossen Schwankungen unterworfen und im Moment eher tief bis sehr tief. Es ist möglich, dass diese Kosten schon bald wieder wesentlich höher sind und die Wirtschaftlichkeit sich sehr wohl lohnt. Hier billiger zu bauen, darf man sicher als kurzfristig bezeichnen. Und die willkommenen Aufträge für das Krienser Gewerbe in dieser schwierigen konjunkturellen Lage würde noch etwas höher ausfallen.

Ein weitere Frage ist diejenige nach dem Wärmeverbund, speziell für das Krauerschulhaus. Seines Wissens gab es bereits mehrere Vorstösse in diese Richtung. Im Speziellen wurde ein Wärmeverbund im Zentrum gefordert. Dieser scheitert immer daran, dass die Bautätigkeiten immer nur etappiert stattfinden. Hier hilft nur ein schrittweises Vorgehen. Kriens muss jetzt damit beginnen. Bei jeder Sanierung oder einem Neubau kommen mehr Abnehmer dazu. Wann, wenn nicht jetzt und wer, wenn nicht die Gemeinde? Alle Mitglieder des Einwohnerrates sind gefordert, hier einen Schritt vorwärts zu machen. Zudem könnte ein solches Projekt durchaus von einem Konjunkturprogramm profitieren. Es gibt vom Kanton ein „Förderprogramm Energie – Umstellung von fossilen Energieträgern auf Holzenergie“, welches namhafte Beiträge an eine Umstellung zahlt.

Die Grüne-Fraktion unterstützt den B&A geschlossen.

Roger Erni stellt fest, dass die Werterhaltung Schulanlagen und insbesondere der Bericht und Antrag Nr. 66/2009 in der FDP-Fraktion unbestritten ist. Der Sprecher dankt dem Gemeinderat für den umfassenden, sauberen Bericht und Antrag.

Die FDP hat dazu zwei Bemerkungen:

Was Robi Thalman für die gesamten B+A-Baukosten schon erwähnt hat, möchte Roger Erni an dieser Stelle für das Krauerschulhaus noch ein wenig präzisieren. Ausgehend von einer Teuerung von 1 bis 2 % in den letzten zwei Jahren sind die Baukosten nach BKP (Seite 11 Planungsbericht Werterhaltung Schulanlagen vom 16. August 2006) als Schätzung fürs Krauerschulhaus mit Fr. 835'000 gekennzeichnet gewesen. Im aktuellen Bericht und Antrag ist von Fr. 1'700'000 die Rede.

Intensiv diskutiert worden ist in der FDP die Frage des Strategiewechsels. Fr. 13 Mio. war die Grösse im 2006 für die Gesamtaussenhüllensanierung aller Schulhäuser.

Die FDP wartet gespannt auf den Planungsbericht 2 "Werterhaltung Schulanlagen" (inkl. einer mittleren bis grösseren Gesamtschau) und wird dem vorliegenden Bericht und Antrag mit 6 Ja und 1 Enthaltung zustimmen.

Laut Christine Kaufmann zeigte der Bericht und Antrag Nr. 135/2006 „Planungsbericht Werterhaltung Schulanlagen“ deutlich, wie notwendig die Werterhaltung der Schulanlagen ist und er verwies auf dringenden Handlungsbedarf.

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt die vorgezogenen Sanierungen sowie den Strategiewechsel des Gemeinderates betreffend Gesamtsanierungen von Innen und Aussen. Gerade in der heutigen konjunkturell schwierigen Lage, ist es wichtig, dem Gewerbe Impulse zu geben. Die Massnahmen an den Gebäudehüllen sind aus energetischen Gründen dringend notwendig. Mit diesen Massnahmen wird ein Schritt Richtung 2000-Watt-Gesellschaft gemacht.

Die CVP/JCVP-Fraktion unterstützt beim Schulhaus Roggern die Variante 1, da bei der Variante 2 die Mehrkosten unverhältnismässig zu den Energie-Einsparungen stehen.

Weiter ist man erfreut, dass mit einfachen Massnahmen wie Farbe und Beleuchtung eine Aufwertung der Innenräume erzielt werden kann und dies den Innenräumen eine freundlichere Ausstrahlung verleiht.

Die CVP/JCVP setzt sich für eine qualitativ hohe Schulbildung und für die Werterhaltung der Schulobjekte ein. Es sind Investitionen für die Zukunft. Sie stimmt dem vorliegenden Bericht und Antrag zu.

Gemäss Helene Meyer-Jenni wird Matthias Senn zum Projekt und den Kosten etwas berichten. Sie wird zum Schulbetrieb einige Ausführungen machen und gibt Robert Thalmann Recht, dass gute Schulhäuser noch keine gute Schule ausmachen. Es ist bekannt, dass das Projekt Harnos abgelehnt wurde und die Sprecherin kann die SVP beruhigen, Harnos kann nicht schleichend eingeführt werden. Dazu werden viel mehr Räume benötigt. Der Einwohnerrat hat jedoch die Teilrevision des Volksschulgesetzes im 2008 angenommen. Die Unterrichtsentwicklung bedingt mehr Gruppenräume. Gut gebaute bzw. sanierte Schulhäuser sind ein wesentlicher Faktor für die Lehrpersonen wie auch für die Lernenden.

Bezüglich Auflösung der Abwartwohnung im Schulhaus Roggern weiss Helene Meyer-Jenni, dass die 5köpfige Abwartfamilie ein Eigenheim erwerben will, da die Wohnung für sie zu klein wird. Der Gemeinderat hatte nicht die Absicht, die Wohnung aufzulösen. Nun ist dies jedoch eine gute Gelegenheit, um Platz zu schaffen. Die Sprecherin erzählt anhand eines Beispiels, wie eng und unbefriedigend die Platzverhältnisse im Roggern sind. Die Klassenzimmer müssen teilweise als Fachzimmer benutzt werden und es fehlt den Lehrpersonen an Vorbereitungsräumen. Weiter beabsichtigt der Gemeinderat, die Anzahl der Schulhausabwarte zu reduzieren. Es werden jedoch keine Kündigungen ausgesprochen.

Betreffend gute und genau Gesamtplanung ist zwischen rudimentären Aussagen bis zu einer völlig detaillierten Planung alles möglich. Der Gemeinderat versichert jedoch, dass ein möglichst aussagekräftiger Bericht erstellt wird. Dies wird die Gemeinde etwas kosten, da nicht alles verwaltungsintern abgedeckt werden kann. Eine gute Planung ist teuer. Die letzte umfassende Schulplanung fand in den 90er Jahren statt.

Matthias Senn dankt dem Einwohnerrat für die wohlwollende Aufnahme des Bericht und Antrages sowie die Genehmigung des Strategiewechsels. Die Kosten können jedoch nicht mit dem Rahmenkredit verglichen werden, da neu auch Innensanierungen vorgesehen sind. Betreffend Minergie wehrt sich der Gemeinderat nicht grundsätzlich dagegen. Beim Schulhaus Roggern hat das Planungsteam davon abgeraten, da es kein gutes Kosten-Nutzenverhältnis ist. Darum empfiehlt der Gemeinderat die Variante 1.

Beim Wärmeverbund ist der Zeitpunkt bei beiden Schulhäusern nicht richtig. Dies wird aber sicher beim Projekt "Cocon" geprüft.

Beim Schulhaus Krauer sollen Abklärungen betreffend Minergie-Zertifizierung gemacht werden. Eine Zertifizierung hat den Vorteil, dass höhere Förderbeiträge erwarten werden können, was somit zu Mehrerträgen führen kann. Als erster Schritt muss mit der Minergie-Zertifizierungsstelle geprüft werden, ob der Schulhaustrakt gesondert zertifiziert werden kann. Auch bei der Beleuchtung gibt es Zusatzanforderungen, welche erfüllt werden müssen. Eine kontrollierte Lüftung wird nicht vorausgesetzt. Das Konzept der energetischen Sanierung der Gebäudehülle des Schulhaustraktes schafft eine gute Grundlage für eine Minergie-Zertifizierung. Massgebend für die Zertifizierung sind die Komponente der Haustechnik. Der Gemeinderat ist jedoch nicht bereit, die Haustechnik auszuwechseln.

Bruno Bienz stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

Detailberatung

S. 13 Ziffer. 7.3 – Optimierung Variante 2, mit zusätzlicher Aussendämmung der Fassade
Erich Tschümperlin beantragt, die Variante 2 zu realisieren.

Matthias Senn stellt klar, dass dies mit Mehrkosten von rund Fr. 360'000 verbunden ist.

Joe Brunner ist sich der Kosten bewusst. Nach 13 Jahren kann damit Geld verdient werden. Die Einsparung von Fr. 24'618.-/Jahr bezieht sich auf den heutigen Energieverbrauch mit den heutigen Strompreisen. Die Differenz beträgt nur rund Fr. 6'000.

Roland Burkhardt weiss aus der Praxis, dass bei ältern Bauten mit einer Aussendämmung nicht Geld verdient, sondern verliert. Es ist in etwa dasselbe, wie wenn man bei einem Auto einen zweiten Katalysator einbaut. Er bittet den Rat, der Variante 1 zuzustimmen. Bei neuen Anlagen ist die Aussendämmung kein Thema.

Gemäss Ursula Müller ist die CVP/JCVP-Fraktion grundsätzlich für den Minergie-Standard bei gemeindeeigenen Liegenschaften, wie sie mit Vorstössen in der Vergangenheit kundtat. Der Einwohnerrat hat sich am 29. November 2007 mit der Überweisung der Motion Tschümperlin: Minergie-Standard für Gemeinde-eigene Gebäude (Nr. 181/07) mit 18:10 Stimmen klar dafür ausgesprochen, bei Sanierungen und Umbauten den Minergie-Standard anzuwenden. Dieser muss aber bei Sanierungen und Umbauten verhältnismässig sein und soll soweit als möglich erreicht werden. Die Ausführungen vom Gemeinderat zeigen auf, dass die Verhältnismässigkeit mit der Forderung des Antrags auf Lizenzierung der sanierten Schulgebäude nicht vorliegt. Bei Umbauten und Sanierungen ist die Einhaltung des Minergie-Standards auf-

grund der teilweise alten Bausubstanz, der denkmalpflegerischen Auflagen bei Kulturobjekten oder der konstruktiven Ausgestaltung z.B. bei Schulanlagen oder anderen Bauten sehr schwer und oftmals nur mit hohen Kosten umsetzbar. Bei diesen Objekten kann mit Sanierungsmassnahmen einzelner Bauteile z.B. Flachdächer, Fenster, etc. eine Optimierung im Sinne energie- und umweltgerechten Bauens erzielt werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat mit dem Bericht und Antrag einen guten und sinnvollen Weg aufzeigt und unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Erich Tschümperlin ist sich bewusst, dass sein Antrag nicht einfach ist. In der Praxis gibt es aber viele gute Beispiele. Er kann die Ansicht von Roland Burkhardt nicht teilen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist für Minergie, aber es darf nichts kosten. Er bittet den Rat, seinen Antrag zu unterstützen.

Werner Baumgartner geht es darum, vernünftig zu investieren. Er liebt keine "Hauruck-Übungen". Er bittet Erich Tschümperlin und alle anderen Mitglieder des Einwohnerrates, solche Anträge früh genug zur Kenntnis zu bringen, damit auch noch Zeit bleibt, darüber in der Fraktion zu sprechen und nötigenfalls Abklärungen vorzunehmen. Der Sprecher vertraut den Architekten und er geht davon aus, dass diese beim Thema Energiesparmassnahmen genügend Sensibilität aufbringen.

Für Thomas Lammer stimmt die Rechnung von Joe Brunner nicht. Erst nach 50 Jahren wären die Mehrkosten der Aussendämmung amortisiert (Fr. 300'000 : Fr. 6'000, bei gleichbleibenden Energiekosten). Dies ist für den Sprecher eindeutig zu lange. Er wird darum der Variante 1 zustimmen.

Gemäss Stephan Buser hat Matthias Senn das Wichtigste erläutert. Die Frage der Aussendämmung wurde mit den Architekten minutiös besprochen und analysiert. Im Schulhaus Roggern ist eine Zertifizierung nicht möglich. Im Schulhaus Krauer hingegen ist es denkbar. Die Ersparnisse bei einer zusätzlichen Aussendämmung ist von ca. Fr. 6'000.00 /Jahr ist zu gering, so dass sich die zusätzliche Investition auch rechtfertigen würde. Die ungenügende Bodenkonstruktion wäre zudem ein weiteres kostenrelevantes Kriterium. Die jetzige Wärmedämmung beim Schulhaus Roggern ist zudem etwas besser als beim Schulhaus Krauer. Weiter war auch die prägnante Sichtbeton-Architektur bei der Schulanlage Roggern ein Kriterium. Diese gilt, wie schon beim Meiersmatt, aus Sicht der Architekten wenn möglich zu erhalten. Alle neuen Bauteile werden nach den neuen Energievorschriften ausgeführt, wie z.B. der Fensterersatz mit hochwärmedämmenden 3-fach Isolierglasfenster. Auch die Brüstungen werden zusätzlich gedämmt.

Bei einer Aussendämmung würde sich ausserdem die Frage stellen, wo genau die Schnittstellen gemacht werden sollen, da ja der neuere Gebäudetrakt (Aufstockung Hauswirtschaftstrakt) von 1997 somit ausgeklammert werden müsste. Unter all diesen Aspekten wird empfohlen, auf eine zusätzliche Aussendämmung zu verzichten.

Abstimmung Antrag Erich Tschümperlin - Variante 2 beim Schulhaus Roggern (zusätzliche Aussendämmung der Fassade):

Mit 25:4 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	Enthaltung
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Thalmann, Robert	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	Enthaltung
Wili, Alexander	nein

S. 10 bzw. S. 14 – Zertifizierung Schulhaus Krauer

Erich Tschümperlin entschuldig sich für die kurzfristigen Anträge. Diese sind aber trotzdem legitim. Gemäss Matthias Senn ist der Gemeinderat bereit, eine Prüfung zur Zertifizierung beim Schulhaus Krauer vorzunehmen. Erich Tschümperlin beantragt, dass diese Prüfung stattfindet.

Matthias Senn kann diesem Antrag zustimmen.

Robert Thalmann will wissen, was für Auswirkungen eine solche Prüfung auf die Kosten hat.

Matthias Senn weiss, dass es zusätzliche Förderbeiträge gibt. Damit sollten die finanziellen Aufwendungen wieder gedeckt werden. Wenn jedoch klar ersichtlich wird, dass unverhältnismässige Ausführungskonsequenzen entstehen, wird der Gemeinderat gegen eine Zertifizierung sein.

Bruno Bienz formuliert den Antrag so: Der Gemeinderat prüft eine Zertifizierung vom Schulhaus Krauer.

Roland Burkhardt will den Antrag ergänzen, dass die Prüfung keine zusätzlichen Kosten auslöst.

Erich Tschümperlin will diese Ergänzung nicht. Er ist bereit, mehr zu zahlen. Zudem will der Gemeinderat keine Mehrkosten in Kauf nehmen.

Kathrin Graber bittet die SVP, über ihren Schatten zu springen. Es geht bei diesem Antrag nur um eine Prüfung, ob eine Zertifizierung überhaupt möglich ist. Sie traut dem Gemeinderat diese Verantwortung zu. Allenfalls kann dann mit Förderbeiträgen gerechnet werden, wovon die Gemeinde wieder profitieren kann.

Räto Camenisch dankt Kathrin Graber für den Ratschlag. Die SVP hat eine klare Haltung. Sie ist für Energiesparen, wenn dies wirtschaftlich denkbar und sinnvoll ist. Der Antrag ist überflüssig, da Energiesparen ein Auftrag des Gemeinderates ist.

Gemäss Stephan Buser kostet jede Prüfung etwas. Das ganze Gebäude muss gerechnet werden. Dafür muss ein Fachplaner beauftragt werden. Betreffend Kosten kann keine konkrete Aussage gemacht werden. Die Berechnungsgrundlage für die Prüfung kostet zwischen Fr. 5'000 und Fr. 10'000, hinzu kommen noch die Zertifizierungskosten. Bei einer möglichen Zertifizierung wird es mit den zusätzlichen Beiträgen ein Nullsummenspiel werden. Knackpunkt für eine Zertifizierung wird, wie schon erwähnt, der Energieträger und die Akzeptanz dieses Gebäudeteils sein. Das Konzept der energetischen Sanierung der Gebäudehülle des Krauerschulhauses schafft eine gute Grundlage und die Einzelbauteile entsprechen teilweise sogar dem Minergie-P-Standard. Weiter ist zu erwähnen, dass früher nur von Betonsanierungen gesprochen wurde.

Daniel Piazza hat klare Sympathien für eine Prüfung. Es heisst ja noch nicht, dass die Zertifizierung umgesetzt wird. Langfristig können jedoch Ersparnisse eingeholt werden. Er bittet den Rat bei den Kosten-Nutzenüberlegungen nicht nur an die heutigen Kosten, sondern auf zukünftige Kosten und Ersparnisse zu berücksichtigen.

Werner Baumgartner stellt fest, dass es um einen Baukredit von rund Fr. 5 Mio. geht. Er bittet den Einwohnerrat, dem Antrag zuzustimmen und dem Gemeinderat das Vertrauen zu schenken.

Auch Alexander Wili ist für eine Prüfung. Er will aber nicht, dass dies Bestandteil des Beschlusstextes bzw. Kreditbeschlusses ist. Er schlägt deshalb vor, dass Erich Tschümperlin diesbezüglich ein Postulat einreicht.

Abstimmung Antrag Erich Tschümperlin: Der Gemeinderat prüft eine Zertifizierung vom Schulhaus Krauer:

Dem Antrag wird mit 18:14 Stimmen zugestimmt.

Achermann, Marco	Enthaltung
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Thalmann, Robert	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

Matthias Senn stellt klar, dass der Gemeinderat keine Folgekosten ausgeben wird. Die Prüfung wird jedoch, wie es Stephan Buser erwähnt hat, etwas kosten.

Bruno Bienz stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und liest den ***Beschlussestext***:

1. Für die 1. Bauphase der 2. Etappe der Werterhaltung der Schulanlagen wird für die Sanierungsarbeiten an den Schulanlagen Roggern 1+2 und Krauer ein Sonderkredit von Fr. 4'950'000.00 bewilligt.
2. Die Höhe des Kredits erhöht oder vermindert sich entsprechend der Veränderung des Baukostenindexes.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung über den Beschlusstext:

Der Beschlusstext wird mit 29:1 Stimmen genehmigt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	Enthaltung
Thalmann, Robert	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	ja

Bruno Bienz verabschiedet Stephan Buser und dankt ihm für seine kompetenten Ausführungen.

Pause von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr.

5. Bericht: Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Nr. 055/09

Gemäss Viktor Bienz findet die CVP/JCVP-Fraktion die Umsetzung des Postulats Nyfeler auf diese Art richtig. Die beiden Räte werden im Fall der Offenlegung der Interessenbindungen gleichgestellt. Baubewilligungen im einfachen Verfahren, welche das Ortsbild betreffen, sowie Ausnahmbewilligungen oder Einsprachen, erachtet die Fraktion als politisch heikle Verfahren. Sie finden es richtig, dass in solchen Fällen der gesamte Gemeinderat die Bewilligung erteilt. Die übrigen Änderungen sieht die CVP/JCVP-Fraktion mehr als Entlastung des Gemeinderates, wodurch mehr Zeit für strategisches Schaffen entsteht. Die CVP/JCVP nimmt den Bericht Nr. 055/09 zustimmend zur Kenntnis.

Alexander Wili hat den Wunsch an den Gemeinderat, dass bei der nächsten Überarbeitung Art. 5 Abs. 3 gestrichen wird, da dieser verfassungswidrig ist.

Nach Helene Meyer-Jenni sind die Änderungen, welche vorgenommen wurden unspektakulär. Es handelt sich um einen Feinschliff. Neu ist, dass man die Interessenbindungen des Gemeinderates einsehen kann.

Bruno Bienz führt aus, dass das Postulat Nyfeler: Offenlegung der Interessenbindungen auch für den Gemeinderat Nr. 289/08 gemäss Geschäftsordnung mit diesem Bericht erledigt ist. Es findet keine Abstimmung statt. Somit liest er den folgenden **Beschlussestext**:

Der Einwohnerrat der Gemeinde Kriens nimmt in Anwendung von § 30 lit. e. der Gemeindeordnung vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 055/09 des Gemeinderates Kriens vom 18. März 2009 über die Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Kenntnis.

6. Motion Thalmann: Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens

Nr. 050/09

Gemäss Bruno Bienz beantragt der Gemeinderat eine Überweisung als Postulat, daher findet eine Abstimmung statt.

Robert Thalmann stellt vorab klar, dass es in der Motion nicht darum geht, Videoanlagen zu installieren. Vielmehr geht es nur darum, die Rechtsgrundlage dafür zu schaffen. Das ist seitens des Gemeinderates an sich unbestritten. Der Motionär ist daher enttäuscht, dass der Gemeinderat den berechtigten Vorstoss nicht als Motion entgegen nehmen will. Er erinnert sich an die letzte Sitzung, als die FDP mittels Motion die Abschaffung der Billettsteuern für die Krienser Vereine und die entsprechende Abänderung des Reglementes forderte. Auch hier war der Gemeinderat der Meinung, der Vorstoss solle nur als Postulat entgegen genommen werden, da eine gesamtheitliche Betrachtungsweise am Platz sei. Diese Argumentation war falsch, der Rat hat den Vorstoss als Motion überwiesen.

Auch die Argumentation des Gemeinderates im vorliegenden Fall ist falsch. Robert Thalmann ersucht den Rat daher, den Vorstoss als Motion zu überweisen. Der Antrag ist klar und am Schluss fettgedruckt festgehalten. Hier gibt es keinen Spielraum.

Gemäss Cyrrill Wiget kann der Gemeinderat der Argumentation mehrheitlich folgen, bis auf den Vorschlag, den Vorstoss als Motion zu überweisen. Ein Reglement alleine bringt nicht mehr Sicherheit und Ordnung. Es ist wichtig, dass die Fakten vorliegen, bevor man etwas entscheidet. Beim Aufstellen von Überwachungskameras können hohe Kosten entstehen. Zum Teil müssten ganze Plätze ausgeleuchtet werden. Der richtige Weg wäre, wenn man zuerst Informationen einholt. Der Gemeinderat hat mit der Polizei über dieses Thema Gespräche geführt und auch diese ist der Meinung, dass man zuerst Abklärungen treffen sollte. Deshalb bittet der Gemeinderat, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Auch die Grüne-Fraktion ist nach Erich Tschümperlin durch die beiden Gewaltdelikte erschüttert und auch sie möchten dies in Zukunft verhindern. Aber sie versprechen nicht, dass sie dies in Zukunft mit ein paar Videokameras verhindern können. Dies zu behaupten ist mehr als unseriös, das ist billigster Populismus. Wenn Robert Thalmann schreibt: *„Die Mitte-Linksallianz im Einwohnerrat und Gemeinderat Cyrill Wiget haben dies aber grundlos abgelehnt und damit die heutigen Verhältnisse provoziert“*, dann ist diese Behauptung eine bodenlose Frechheit. Es ist eine Frechheit gegenüber den Angeschuldigten, denn die Behauptung, dass Leute hier im Einwohnerrat die Taten (sprich Tote) provoziert haben ist ungeheuerlich und entbehrt jeder Grundlage. Robert Thalmann weiss genau, dass die Taten auch in privaten Räumen stattgefunden haben und die geforderten Videokameras dort nicht zum Einsatz kommen. Ausserdem ist es absurd zu glauben, dass derart gewalttätige Auseinandersetzungen durch Videokameras verhindert würden. Es geht hier ja nicht um Vandalismus. Es ist aber auch eine Geschmacklosigkeit gegenüber den betroffenen Angehörigen, wenn man ihnen suggeriert, dass die Opfer noch leben könnten, wenn die Gemeinde anders gehandelt hätte. Bei dieser Motion hat sich der Sprechende gefragt, ob es denn kein Thema gibt, das politisch nicht missbraucht wird. Aufgabe des Einwohnerrates ist es, Lösungen zu erarbeiten und nicht Andersdenkende mit Dreck zu bewerfen. Er hofft, dass sich Robert Thalmann für die ungeheuerlichen Vorwürfe entschuldigen wird, denn mit solchen Vorwürfen wird das Klima im Rat vergiftet und eine konstruktive Zusammenarbeit sehr, sehr schwierig. Auch wenn Erich Tschümperlin Videoüberwachung im öffentlichen Raum nicht generell ablehnt, bittet er den Rat, die Motion in dieser Form nicht zu überweisen. Wenn Politisieren in dieser Form salonfähig wird, dann kann die politische Kultur in Kriens abdanken. Die Grüne-Fraktion lehnt die Motion entschieden ab. An dieser Stelle möchte Erich Tschümperlin Robert Thalmann auffordern, in Zukunft auf persönliche Angriffe zu verzichten. Ein respektvoller, anständiger Parlamentsbetrieb ist sonst nur schwierig aufrecht zu erhalten.

Gemäss Martin Heini ist das zu Grunde liegende Problem zwar existent und allen Ratsparteien ein Dorn im Auge, aber bei den Massnahmen zur Bekämpfung gehen die Meinungen auseinander. Mit Steuergeldern soll ein Gesetz oder Verordnung erarbeitet werden, damit eine Möglichkeit von Videoüberwachung geschaffen werden kann. Wer A sagt, muss auch B sagen. Weshalb geht die Forderung nicht klar bis zur Umsetzung der gesamten Massnahme: Videoüberwachung auf der zu schaffenden Basis des Gesetzes? Wer A zahlt, soll auch B Nutzen haben. Der springende Punkt ist, dass nicht viel Geld für eine Verordnung ausgegeben werden soll, wenn nicht abgeklärt wird, ob überhaupt ein Nutzen daraus erzielt werden kann. Eine

vollkommene Überwachung gibt es nicht, dazu müsste man jede Ecke taghell erleuchten. Die SP-Fraktion will keine totale Überwachung wie zur Zeit der DDR. Eine solche Gesetzesgrundlage braucht man nicht. Es sollten verhältnismässige und wirksame Massnahmen getroffen werden und nicht "Big Brother ist watching you".

Kathrin Graber, namens der CVP/JCVP-Fraktion, ist für die Überweisung der Motion als Postulat und zwar aus folgenden Gründen: Der CVP/JCVP-Fraktion ist es wichtig, dass verschiedene Massnahmen geprüft werden, um die Sicherheit zu erhöhen oder dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gerecht zu werden. Die Installation von Videokameras kann ein mögliches Mittel sein, um Gewalt und Vandalismus zu reduzieren. Bevor sie aber Ja sagen zu einem neuen Gesetz, möchten sie vom Gemeinderat verschiedene Fragen beantwortet haben, die er dem Einwohnerrat im Rahmen eines Berichts präsentieren soll. Für die CVP/JCVP ist im heutigen Zeitpunkt für die Installation von Videokameras noch vieles unklar. Welche Kameras sollen installiert werden, stationäre oder mobile, schwenkbare Kameras? Auf welchen Plätzen in Kriens könnte die Installation von Videokameras Sinn machen? Werden die Kameras laufend bedient, falls ja, wer bedient diese, die Polizei? Zudem stellt sich die Frage zum Kosten-/Nutzenverhältnis der Installation solcher Videokameras. In der Stadt Luzern kostete die Erneuerung der Videoüberwachung auf der Kapell-/Spreuerbrücke mit den notwendigen Anpassungen bei der Stadtpolizei Fr. 230'000.00 und die vier Kameras auf dem Bahnhof nochmals Fr. 70'000.00.

Videokameras sind kein Allerheilmittel gegen gewalttätige Vorkommnisse, wie sie leider anfangs Jahr auch in Kriens passiert sind. Die CVP/JCVP-Fraktion hat anders als der Motionär nicht die Illusion, dass mit Videokameras Gewalthandlungen und Vandalismus gestoppt werden können. Kürzlich konnte beispielsweise in der Zeitung gelesen werden, dass trotz Videoüberwachung die Sachbeschädigungen und Übergriffe in VBL-Bussen in den letzten Jahren sogar zugenommen haben. Es ist daher schlechter politischer Stil, wenn der Motionär die Mitte- und Linken Parteien sowie Gemeinderat Cyrill Wiget für die Vorkommnisse anfangs Jahr verantwortlich machen will, nur weil diese nicht nach der Pfeife der SVP getanzt sind. Die CVP/JCVP-Fraktion fordert Robert Thalmann auf, solche falschen Behauptungen in Zukunft zu unterlassen. Erst wenn der Gemeinderat in diesem Bericht, den er im Rahmen des Postulats erbringt, zum Schluss kommt, dass die Videokameras einen Beitrag zu mehr Sicherheit in Kriens leisten können, ist der zweite Schritt einzuleiten, nämlich die Rechtsgrundlage zu schaffen, wie es der Motionär verlangt. Die CVP/JCVP-Fraktion ist übrigens überzeugt, dass ein solches Gesetz relativ schnell erlassen werden könnte, steht doch ein gutes Muster aus der Stadt Luzern zur Verfügung. Aus den genannten Gründen ist die Fraktion gegen die Überweisung als Motion, aber für die Überweisung als Postulat, damit Abklärungen für die Installation von Videokameras und eine Analyse des Kosten-/Nutzenverhältnisses gemacht werden können.

Patrick Koch möchte darauf hinweisen, dass der Vorstoss nur fordert, eine Rechtsgrundlage zu schaffen. Die Kosten dafür müssten sich in Grenzen halten, da das Gesetz der Stadt Luzern mehr oder weniger übernommen werden kann. Vielleicht wäre der eine oder andere Mord anfangs Jahr tatsächlich nicht begangen worden, wenn Videokameras vorhanden gewesen wären.

Gemäss Räto Camenisch geht es darum, ob der Einwohnerrat die Voraussetzungen haben möchte um solche Videokameras zu installieren. Falls es einmal nötig ist, schnell zu handeln, wäre die Rechtsgrundlage dafür bereits vorhanden.

Johanna Dalla Bona ist erstaunt, was diese Motion im Einwohnerrat ausgelöst hat. Vor lauter Emotionen vergisst man die Forderung der Motion. Es geht nur um die Schaffung einer Grundlage, falls einmal Videokameras installiert werden sollen. Sie bittet Sachpolitik zu betreiben.

Roland Burkhardt macht einen Vergleich mit der Videoüberwachung im Strassenverkehr. Alle wissen, dass es Blitzkästen gibt. Wenn es diese nicht gäbe, würde es viel mehr Geschwindigkeitsüberschreitungen geben. Auch Firmen mit einem grossen Gelände beugen mit der Videoüberwachung gegen Vandalismus vor. Es gibt verschiedene Standorte in Kriens, wo es sinnvoll wäre, Videokameras zu installieren, wie z.B. auf dem Hofmattplatz. Der Sprechende weiss von Ladeneigentümern, dass man sich dort ein Videoüberwachung wünscht.

Gemäss Daniel Piazza darf man sich nicht Sand in die Augen streuen lassen. Es geht eindeutig um die Videoüberwachung. Entweder wird ein Reglement erlassen und auch umgesetzt. Alles andere wäre ein Leerlauf. Er sieht keinen Grund, weshalb die Gemeinde Kriens ein solches Reglement benötigt, wenn man im Moment keine Videokameras aufstellen will. Ausserdem kostet "Big Brother" auch "big money". Daniel Piazza ist der Meinung, dass dieser Vorstoss kostenneutral umgesetzt wird.

Erich Tschümperlin ist sehr für sachpolitische Argumentationen. Wenn aber eine oder mehrere Parteien so angegriffen werden, kann man das jedoch nicht mehr erwarten.

Gemäss Werner Baumgartner ist es nicht so, dass hier jemand gesagt hat, dass Videokameras nichts nützen. Ausgerechnet die liberale Partei schlägt vor, zuerst eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Die Kosten für die Umsetzung will sie dann aber trotzdem nicht tragen. Sozusagen ein Leerlauf. Zuerst soll geprüft werden, ob eine Videoüberwachung sinnvoll wäre und dann kann man wieder darüber diskutieren.

Martin Heini findet die Argumente der FDP ebenfalls komisch. Er bittet sie, den Antrag, diese Abklärungen kostenneutral durchzuführen, wieder zu stellen.

Nach Judith Luthiger setzt sich die SVP dafür ein, dass eine Rechtsgrundlage für mehr Sicherheit geschaffen wird. Die SVP ist dann aber wieder die erste Partei, welche die Umsetzung nicht zahlen will.

Mirjam Kalt versteht nicht ganz, um was es der SVP überhaupt geht. Ihrer Meinung nach geht es darum, mit diesem Thema wieder an die Öffentlichkeit zu gehen und Schuldige zu suchen.

Gemäss Martin Heiz will die SVP nur eine Rechtsgrundlage schaffen. Man soll vorausdenken, damit man etwas in der Hand hat, wenn es benötigt wird.

Räto Camenisch ist der Meinung, das die SP ehrlich sagen soll, dass sie keine Videokameras will. Die SP versucht nun, der FDP einzureden, dass auch sie gegen eine Videoüberwachung sind.

Joe Brunner bestätigt, dass das stimmt. Er will keine Videokameras und Chips, er will ein freier Bürger sein. Was übrigens das ist, was die SVP jeden Tag proklamiert.

Monika Marbacher stellt den Ordnungsantrag, dass abgestimmt wird, da die Meinungen gemacht sind.

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Monika Marbacher:
Dem Ordnungsantrag wird mit 26:5 Stimmen zugestimmt.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	ja
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	Enthaltung

Im Anschluss folgt die Abstimmung über die Überweisung der Motion.

1. Abstimmung:
16: 16 Stimmen

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

2. Abstimmung:
16:16 Stimmen

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja

Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

Mit Stichtentscheid durch Bruno Bienz wird die Motion abgelehnt.

Martin Heiz stellt den Antrag, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Abstimmung:

Der Vorstoss wird mit 24:7 Stimmen als Postulat überwiesen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	Enthaltung
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein

Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

7. Bericht Postulate

- **Betschart: Kriens muss wieder sicher werden** **Nr. 048/09**
- **T. Bründler: Mehr Sicherheit durch professionelle Szenenüberwachung** **Nr. 054/09**

Bericht

Die Postulanten fordern aufgrund der Gewalttaten im Januar und Februar den Gemeinderat auf, sofort geeignete Massnahmen mit Kanton, Kantonspolizei und privaten Sicherheitsunternehmungen zu prüfen.

Zum dringlichen Postulat Betschart "Kriens muss wieder sicher werden!" wird wie folgt Stellung genommen:

- 1. Vermehrte Kontrollen und Repression der Kantonspolizei auf dem Dorfplatz Kriens – Speziell im Bereich Gallusstrasse während den Abend und Nachtzeiten; aber auch an anderen kritischen Orten; beispielsweise beim Froschkönig.**

Polizeiliche Kontrollen werden von der Kantonspolizei durchgeführt und deren Einsatz ist klar Sache des Kantons. Letzterer hat sofort reagiert und die Präsenz im Zentrum erhöht.

- 2. Kostenprüfung und Offerteinholung bei privaten Sicherheitsunternehmen bei negativer bzw. nicht zufriedenstellender Antwort von Kanton und Kantonspolizei in dieser Frage zur Sicherstellung der allgemeinen Ordnung in Kriens.**

Zur Erhöhung der Sicherheit und zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung in der Gemeinde Kriens beauftragte das Umwelt- und Sicherheitsdepartement im Auftrag des Gemeinderates Kriens im Dezember 2007 eine private Sicherheitsunternehmung, welche an Wochenenden (Freitag/Samstag) und an definierten Vorfeiertagen Sicherheitskontrollen durchführt. Der Gemeindeordnungsdienst führt die Patrouillenrundgänge offensiv und präventiv durch. Eine Offertanfrage bei der Kantonspolizei wurde im Oktober 2006 vorgenommen.

Neben der professionellen und sehr effizienten Arbeit des privaten Sicherheitsdienstes in der Nacht werden auch tagsüber einer privaten Sicherheitsfirma seit Jahren Aufträge erteilt. Dies vor allem auf Schulanlagen und in den Heimen. Der Auftrag des Gemeindeordnungsdienstes wurde vom Gemeinderat an die "Alpha Protect" - einer Firma mit einer Niederlassung in Kriens - übergeben, die übrigen Verträge wurden mit der ebenso professionell und effizient arbeitenden Firma "Securitas" abgeschlossen.

In der Budgetsitzung vom 30. Oktober 2008 beantragte die SVP-Fraktion allerdings die Streichung der Aufwendungen für den professionellen privaten Sicherheitsdienst. Die Mehrheit des Parlamentes bewilligte jedoch den Kredit und beauftragte den Gemeinderat damit im Rahmen des bisherigen Aufgebotes weiterzufahren. Anträge auf einen Ausbau des GOD sind an der Einwohnerratsbudgetsitzung keine Eingegangen.

Das Umwelt- und Sicherheitsdepartement hält einen regelmässigen Sicherheitsrapport mit der Kantonspolizei und den privaten Sicherheitsfirmen ab. Die Vernetzung und der aktuelle Informationsaustausch sind dadurch jeweils gewährleistet.

Die Gemeinde Kriens passt in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei aufgrund der Schwerpunkte und Ziele die Patrouillentätigkeit an und formuliert diese neu. Vermehrte Kontrollen können somit jederzeit angeordnet werden. Dies wurde auch aufgrund der Vorfälle vorgenommen.

3. Prüfung von weiteren Massnahmen zur Sicherstellung der allgemeinen Ordnung in Kriens. Kriens muss wieder sicherer werden!

Freizeitaktivitäten

Die Gemeinde Kriens arbeitet seit Jahren an verschiedenen Jugend-, Integrations- und Präventionsprojekten. Eines dieser Projekte ist das Midnight Move Kriens für Jugendliche. Die Jugendlichen können an dieser Veranstaltung ihre Energie auf sinnvolle Art und Weise einsetzen und los werden. Pro Abend besuchen ca. 60 Jugendliche diese Freizeitaktivität.

Unterstützung der Gemeinden

Mit Schreiben vom 4. Februar 2009 hat der Gemeinderat Kriens den Regierungsrat des Kantons Luzern die Frage gestellt, wie die öffentliche Hand mit den veränderten Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft zukünftig umgeht und wie die notwendigen Schritte, die nicht im Kompetenzbereich der Gemeinde liegen, angegangen werden. Die polizeiliche Sicherheit ist keine Gemeindeaufgabe. Hingegen sind einige Aufgaben im Bereich der Gewaltprävention auf der kommunalen Ebene angegliedert. Die Gemeinde Kriens hat bereits vieles im Bereich Prävention umgesetzt.

Motion Thalman betreffend "Mehr Sicherheit und Ordnung für Kriens" Nr. 050/2009

Der parlamentarische Vorstoss fordert die Erarbeitung einer Rechtsgrundlage, damit Videoüberwachungen im öffentlichen Raum möglich sind. Der Gemeinderat beantragt, die Motion als Postulat zu überweisen, damit ein eingehender Bericht über das Kosten-/Nutzungsverhältnis mit der Kantonspolizei erarbeitet werden kann.

Zum dringlichen Postulat T. Bründler "Mehr Sicherheit durch professionelle Szenenüberwachung" wird wie folgt Stellung genommen:

Wie vorgängig bereits unter Punkt 2 behandelt, wurde seit dem Dezember 2007 ein Gemeindeordnungsdienst durch das Umwelt- und Sicherheitsdepartement im Auftrag des Gemeinderates eingeführt. Nach den jüngsten Vorfällen mit Gewaltanwendung wurden die Sicherheitsmassnahmen umgehend verstärkt. Die Sicherheitsdienste (Kantonspolizei sowie der schon bisher patrouillierende, private Sicherheitsdienst im Auftrag der Gemeinde) haben ihre Frequenzen verstärkt. Neben dem Dorfplatz sind die aktuellen Brennpunkte: Kuonimatt, Bellpark, Busendschleife Obernau, Rainacher-Jugendplatz, Gallusstrasse, Pilatusbahnen, Luzernerstrasse, Skaterplatz, bei Anläsen Krauerhalle und Freiraum. Die Liste wird ständig angepasst.

Das Austragen von Konflikten mit Gewalt löst beim Gemeinderat Kriens grosses Befremden aus und wird in keiner Art und Weise toleriert.

Eine Umfrage bei den Schulhausleitungen hat ergeben, dass die Behauptung, dass auf Schulhausanlagen Drogen gehandelt würden, in aller Form zurückgewiesen werden muss. Von nicht auszuschliessenden Einzelfällen dürfen nicht verallgemeinernde Behauptungen aufgestellt oder falsche Schlüsse gezogen werden, die in der Bevölkerung Verunsicherung auslösen. Sofern den Postulanten und anderen Privatpersonen Illegalitäten bekannt sein sollten von denen die Polizei keine Kenntnis hat, bittet der Gemeinderat entsprechend Anzeige zu erstatten.

Abschliessend möchte der Gemeinderat Kriens festhalten, dass er seit Jahren eine Sicherheitsstrategie verfolgt, die alle wirkungsvollen Massnahmen prüft und effizient umsetzt.

Diese Vorkehrungen umfassen repressive und präventive Mittel. Sofern diese nicht im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen, wurde bis anhin die Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organen (Kantonspolizei, Regierungsrat Kanton Luzern, andere Gemeinden oder überregionale Netzwerke) gesucht und aufgenommen.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass das Herausgreifen einzelner Tätigkeiten und das gegenseitige Ausspielen von einzelnen Massnahmen nicht zur Lösung der Problematik beiträgt. Dies gibt der Bevölkerung nicht das Gefühl einer einheitlich handelnden Behörde und ist nicht zielgerichtet.

Die Vorfälle im Krienser Dorfzentrum bedauert der Gemeinderat ausserordentlich. Er wird alles in seinem Kompetenzbereich liegende unternehmen, um auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Krienser Bevölkerung wieder herzustellen.

Erledigung

Nachdem die Gegenstände der Postulate im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen, gelten diese mit dem vorliegenden Bericht als erledigt.

Daniel Betschart bedankt sich für die schnelle Beantwortung. Er nimmt die Antworten so zur Kenntnis, hat aber noch eine Frage zum Punkt 2.

Die Beantwortung des Postulats ist so ausgefallen, wie es Räto Camenisch erwartet hat. Es ist aber überhaupt nicht das, was die SVP wollte. Man sollte Szenen analysieren, welche Probleme verursachen, z.B. beim Froschkönig. Die SVP nimmt den Bericht so zur Kenntnis.

Gemäss Martin Heini hat die USK den Bericht zu den beiden Postulaten diskutiert. Dabei wurden vor allem Fragen und Bemerkungen zu Teilen aus dem Postulat Bründler aufgeworfen. Über die Formulierungen und Aussagen im Postulat Bründler herrschen verschiedene Ansichten. Deshalb ist der Postulant, welcher selbst Mitglied der USK ist, nicht zufrieden mit dem Bericht. Diskussionspunkte waren unter anderem folgende:

Mehr Polizeikontrollen im Sicherheitsbereich (z.B. Personenkontrollen) statt im Strassenverkehr könnte eine Massnahme sein. Demgegenüber steht das grosse Gefahrenpotential auf der Strasse und die grosse Zahl an Verkehrsopfern.

Es sei beobachtet worden, dass Drogen auf oder um Schulhausplätze gehandelt und konsumiert würden. Das ist leider durchaus möglich, wie überall, auch ausserhalb von Kriens, wo sich entsprechende Leute aufhalten. Jede Beobachtung ist der Polizei anzuzeigen. Einzelfälle dürfen jedoch nicht dazu führen, dass es der Bevölkerung ein massives Problem darstellen würde.

Littering, Vandalismus oder gar Raufereien sind schon offensichtlichere Probleme. Auch diese sind nicht nur Krienser Probleme, sondern haben einen gesellschaftlichen Ursprung. Der GOD arbeitet im Rahmen des Auftrages, also des Möglichen, sehr professionell. Die Polizei und Ordnungskräfte sind jedoch vermehrt auf aktive Mithilfe und Meldung aus der Bevölkerung angewiesen.

Gemäss Cyрил Wiget erschien die Kostenanalyse, welche die Kantonspolizei machte, in der Presse. Wenn die Gemeinde Kriens für das Wochenende eine Patrouille beauftragen würde, kostet das Fr. 100.00 pro Stunde. Man kann schlecht Aktivismus fordern und dann die dazu benötigten Mittel nicht freigeben. Es gibt auch Aktivismus der über das Ziel hinausschiesst. Dennoch hat Cyрил Wiget versucht zu verstehen, welche Aktivitäten genau gefordert werden. Seine Bürotür steht immer offen. Wenn ihm jemand genau erklären kann, was die Forderungen sind, wird er das prüfen.

Nach Erich Tschümperlin stellt Daniel Betschart klare Fragen, erhält klare Antworten und ist zufrieden. Das Problem beim Postulat Bründler ist vielleicht, dass keine Fragen gestellt wurden.

Alexander Wili gehen die gegenseitigen Schuldzuweisungen auf die Nerven. Auf der Seite 2 des Berichtes steht, dass die polizeiliche Sicherheit keine Gemeindeaufgabe ist. Das ist jedoch eindeutig falsch, es ist eine Gemeindeaufgabe.

Gemäss Cyрил Wiget gibt es im Polizeireglement des Kantons die Möglichkeit, dass die Gemeinden eine eigene Polizei aufbauen kann.

Bruno Bienz führt aus, dass die Postulate Nr. 048/09 "Kriens muss wieder sicher werden" und Nr. 054/09 "Mehr Sicherheit durch professionelle Szenenüberwachung" mit diesem Bericht erledigt sind. Es findet keine Abstimmung statt.

8. Bericht Postulat T. Bründler: Bikerkommission "Downhillstrecke" Nr. 033/08

Überweisung

An der Sitzung des Einwohnerrates vom 29. Januar 2009 wurde das Postulat dem Gemeinderat zur Berichterstattung überwiesen.

Bericht

Bei einer genaueren Prüfung des Anliegens hat der Gemeinderat seine Strategie festgelegt und ist zum Schluss gekommen, dass dem zukünftigen Sportkoordinator eine Sportkommission zur Seite gestellt werden soll. Für grössere Projekte, wie zum Beispiel die Umsetzung einer "Downhillstrecke", sollen Arbeitsgruppen aus der Sportkommission eingesetzt werden. Bei der Downhillstrecke für Biker handelt es sich um eine Massnahme, die der Gemeinderat im Rahmen des GESAK-Berichtes vorgeschlagen hat, den der Einwohnerrat an der Sitzung vom 2. November 2006 zur Kenntnis genommen hat.

Die Arbeitsgruppe Biken wurde nach der Eröffnung der Bike-Routen Hochwald im September 2003 mit einem Schreiben an die Arbeitsgruppenmitglieder am 7. November 2003 offiziell aufgehoben. Aus den Protokollen geht nicht hervor, dass eine weitere Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe erforderlich oder erwünscht gewesen wäre. Am 3. März 2005 nach zwei Dritteln der Probezeit wurde mit der gleichen Gruppe eine Standortbestimmung durchgeführt. An dieser Sitzung wurden die noch zu treffenden Massnahmen festgelegt und anschliessend zum grössten Teil umgesetzt.

Aufgrund einer Anfrage im Zusammenhang mit der Vertragserneuerung wurde in einem Schreiben des Gemeinderats vom 16. April 2008 der Hochwaldgenossenschaft zuhanden des Präsidenten dargelegt, weshalb auf die Weiterführung einer Kommission verzichtet wird.

Im Falle des Bikeroutenkonzepts ist die an die Arbeitsgruppe gestellte Aufgabe mit Eröffnung der Bikerouten erfüllt. Die Schlüsselpersonen werden jedoch weiterhin regelmässig kontaktiert und befragt. Insbesondere der Präsident der Hochwaldgenossenschaft wurde im Umwelt- und Sicherheitsdepartement begrüsst, seine Anliegen aufgenommen und soweit wie möglich umgesetzt.

Im Sportanlagenkonzept der Gemeinde Kriens (GESAK) sind eine Downhillroute, Erweiterungen des Streckennetzes sowie eine Bike-Parcours eingeflossen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Umsetzung dieser drei Anliegen aus eigentumsrechtlichen Gründen, wie auch wegen der zahlreichen Nutzungskonflikten mit Wanderern, Fussgängern, Jägern, aber auch der Land- und Forstwirtschaft und dem Naturschutz nicht ganz einfach umzusetzen sein werden. Dennoch wird der Gemeinderat bestrebt sein, Verbesserungen im Streckennetz, eine Downhillstrecke sowie einen Parcours in den nächsten Jahren umzusetzen.

Der Gemeinderat beabsichtigt im Rahmen der Koordination der Aufgaben im Sportwesen eine ständige gemeinderätliche Sportkommission zu wählen. Diese wird vermutlich längerfristig die heutige VKS (Vereinigung Krienser Sportorganisationen) zumindest teilweise ablösen. Innerhalb dieser Sportkommission können für spezifische Arbeiten Arbeitsgruppen gebildet werden. Sobald im Rahmen der Umsetzung des GESAK weitere Schritte für die Verbesserung der Situ-

ation der Biker im Hochwald in Angriff genommen werden, kann auch für diese Spezialaufgabe eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden.

Fazit 1: Biken ist eine der beliebtesten Sportarten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Verbesserungen am Streckennetz, allfällige Erweiterungen durch Downhillstrecken oder Parcours für die Förderung des Breitensports von Bedeutung sind. Die Anliegen sind jedoch in temporären Arbeitsgruppen unter der Leitung des zukünftigen Sportkoordinators besser aufgehoben als in einer ständigen Biker-Kommission

Fazit 2: Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass nicht für jede sportliche Disziplin einzeln eine Kommission ins Leben gerufen werden soll. Die Gründung einer Sportkommission jedoch soll rasch an die Hand genommen werden.

Erledigung

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

Martin Heiz ist mit den Antworten mehr oder weniger zufrieden. Er hätte jedoch erwartet, dass ein Auftrag erteilt wird, da gesagt wurde, dass etwas unternommen wird.

Gemäss Martin Heini vertritt der Postulant an der USK-Sitzung die Meinung, die Gemeinde könnte das Thema und die Verwirklichung der Downhillstrecke zügiger angehen. Der Hochwaldkommission möchte er eine Lösung vorlegen können. Die USK sieht aber weniger eine Spezialkommission als mehr den eingeschlagenen Weg über den in 4 Monaten antretenden Sportkoordinator. Sie machen sich indes keine Illusionen, dass das Finden der idealen Strecke, das Verhandeln mit den Grundeigentümern, Nutzern und anderen Institutionen, das Anlegen, Beschildern, die Fahrrechte für Zu- und Wegfahrt usw. einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Um das Verfahren im möglichen Mass zu beschleunigen hat die Kommission angeregt, dass die Hochwaldkommission den Sportkoordinator möglichst schnell zu einer Sitzung und Begehung einlädt, um ihn mit der Problematik vor Ort vertraut zu machen.

Cyrill Wiget freut es, dass man einsieht, dass eine Bikerkommission wahrscheinlich über das Ziel hinausschiesst. Der Gemeinderat versucht gerne, die Punkte, welche im GESAK etwas weiter hinten stehen, nach vorne zu verschieben.

Viktor Bienz bittet darum, dass man dieses Anliegen wirklich vorzieht. Es ist effektiv ein Problem. Lastwagen, die den Bikern ausweichen müssen, drücken die Strassen ein, was wiederum zu Kosten führt.

Bruno Bienz führt aus, dass das Postulat Nr. 033/08 "Downhillstrecke" mit diesem Bericht erledigt ist. Es findet keine Abstimmung statt.

9. Interpellation Lanz: Pflegebettenmangel in Kriens? Nr. 030/08

Die Interpellation Susanne Lanz: "Pflegebettenmangel in Kriens?" wird wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Die Heime Kriens sind seit geraumer Zeit einem vermehrten Druck, Betten für die stationäre Pflege anzubieten, ausgesetzt. Zu den Hintergründen, Ursachen und Lösungsansätzen wird auf das Editorial des Sozialvorstehers im Kriens Info vom Februar 2009 verwiesen.

Zu den Fragen

1. *Trifft es zu, dass vermehrt dringende Pflegefälle aus den Spitälern nicht in den Heimen von Kriens aufgenommen werden können und somit auswärts platziert werden müssen?*

Es ist richtig, dass vermehrt Pflegefälle aus Spitälern nicht in den Heimen Kriens aufgenommen werden können. Es sind aber ausschliesslich Kapazitätsgründe: Die Heime Kriens waren im Jahr 2008 zu 98.55% ausgelastet. Zudem wurden sogenannte "Notbetten", die dem vorübergehenden Aufenthalt von pflegebedürftigen Personen dienen, in Betten für den Daueraufenthalt umgewandelt, um die Ertragslage der Heime verbessern zu können.

Ergänzend festzuhalten ist, dass Personen mit Wohnsitz in Kriens, die in Heimen anderer Gemeinden platziert werden müssen, pro Tag Fr. 20.00 bis Fr. 25.00 mehr bezahlen müssen als Einheimische. Die Anfragen um Kostenübernahme durch die Gemeinde Kriens mehren sich.

2. *Ist das eine bewusste Strategie oder hat es für komplexe und zeitintensive Pflegefälle ganz einfach zuwenig Fachpersonal?*

Es handelt sich nicht um eine bewusste Strategie. Im Jahr 2008 wurden keine Pflegefälle abgewiesen, weil der Pflegeaufwand zu hoch gewesen wäre oder weil es an Fachpersonal mangelt.

Ergänzend festzuhalten ist in diesem Zusammenhang aber, dass die Pflegefälle immer komplexer und zeitintensiver werden. Dies ist insbesondere auch auf den Umstand zurück zu führen, dass die Spitäler ihre Patienten immer früher entlassen bzw. in einem Zustand entlassen, dem die Alters- und Pflegeheime nicht mehr gewachsen sind.

Die Heime Kriens verfügen über genügend Pflegefachpersonal, was die Geriatriepflege anbetrifft. Im Jahr 2008 war mehr als 50% des Personals gelerntes Fachpersonal (vgl. die Tabelle nachfolgend unter Ziff. 5).

Ergänzend festzuhalten ist, dass das Lohnniveau des Pflegefachpersonals derzeit im Rahmen eines Vergleichs mit anderen Heimen der Region Luzern überprüft wird.

3. *Wie ist die Zusammenarbeit zwischen den Heimen von Kriens und den Sozialdiensten der Spitäler, im Umgang mit dringenden Anmeldegesuchen?*

Die Zusammenarbeit ist grundsätzlich gut. Belastet wird das Verhältnis allerdings dadurch, dass derzeit keine Notbetten zur Verfügung stehen, also Betten für Personen, die kurzfristig in pflegebedürftigem Zustand aus dem Spital entlassen werden, aber nur vorübergehend auf ein stationäres Pflegebett angewiesen sind (etwa Uebergangspflege). In diesem Zusammenhang ist auch das Schreiben des Sozialdienstes des Luzerner Kantons-spitals zu sehen, mit dem sich die Leiterin über den Mangel an Pflegebetten in Kriens beschwerte.

Weil derzeit in den Krienser Heimen nur Pflegebetten für den Daueraufenthalt vorhanden sind und weil die Warteliste lang ist (vgl. nachfolgend Ziff. 4), werden pflegebedürftige Personen nur in chronologischer Reihenfolge nach Anmeldedatum aufgenommen. Die Aufnahme von akuten Fällen aus den Spitälern und die Überführung in den Daueraufenthalt würde unter den gegebenen Umständen zu einer Bevorzugung gegenüber denjenigen Personen führen, die ebenfalls pflegebedürftig sind, teilweise schon mehrere Monate bzw. Jahre auf eine Platzierung in einem Krienser Heim warten, aber nicht vom Spital zugewiesen werden.

Ergänzend festzuhalten ist, dass als Sofortmassnahme vorgesehen ist, mindestens zwei Betten zu schaffen, damit pflegebedürftige Personen notfallmässig vorübergehend aufgenommen werden können.

4. *Wie viele Bewohner von Kriens konnten im Jahr 2008 nicht aufgenommen werden und mussten dauernd oder vorübergehend fremdplatziert werden?*

Derzeit warten ca. 100 Personen auf eine Platzierung in einem Krienser Heim. Weitere Statistiken werden nicht geführt.

5. *Nach welchen Kriterien wird der Stellenschlüssel der Heime Kriens berechnet?*

Der Stellenschlüssel ist grundsätzlich abhängig von der Auslastung und von der Entwicklung der erwirtschafteten BESA-Punkte. Die BESA-Punkte geben die Pflegeintensität und damit auch den Pflegeaufwand wieder.

Die Situation in den Krienser Heimen sieht (per 31.12.2008) wie folgt aus, wobei schon hier festzuhalten ist, dass der Stellenplan mit denjenigen anderer Heime vergleichbar ist:

<i>Heim</i>	<i>Grossfeld</i>	<i>Zunacher 1</i>	<i>Zunacher 2</i>	<i>Kleinfeld</i>	<i>Total Heime</i>
Bettenzahl	79	59	88	21	248
BESA-Punkte	545'293	621'004	800'321	203'948	2'170'566
Stellen Pflege gelernt	16.17 (49.60%)	20.61 (59.90%)	25.41 (58.15%)	10.45 (59.75%)	72.64 (56.66%)
Stellen Pflege ungelernt	16.43 (50.40%)	13.80 (40.10%)	18.28 (41.85%)	07.04 (40.25%)	55.55 (43.34%)
Total Stellen Pflege¹	32.60	34.21	43.69	17.49	128.19
Total Stellen²	60.90	54.40	69.40	22.81	207.51

¹ *Pflege: Betreuung und Pflege, inklusive Leitung Pflege, Nachtwache und Aktivierung*

¹ *Pflege gemäss Fussnote 1 inklusive GL, ZD, Empfang, Apotheke, Küche, Speisesaal, Cafeteria, Hauswirtschaft, Reinigung, Wäscherei, TD*

Ergänzend festzuhalten ist, dass der Pflegeaufwand für die Bewohnerinnen und Bewohner laufend zunimmt (vgl. www.lustat.ch/lustatnews_2008_10_21_lu.pdf S. 2). Dies ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass der Pflegeaufwand pro Bewohnerinnen und Bewohner zugenommen hat. Die Qualität der Heime ändert sich immer mehr vom Alters- zum Pflegeheim.

6. *Welcher Minimalaufwand muss aufgewendet werden, um die Zimmer im Grossfeld als Pflegezimmer zu nutzen?*

Die minimalste Anpassung der Infrastruktur einer Station mit 11 Zimmern würde sich auf mehr als Fr. 100'000.00 belaufen. Eine solche Umrüstung bedingt organisatorisch eine Vorlaufzeit von einem halben Jahr und muss in Übereinstimmung mit den mittelfristigen Sanierungsplänen für das Grossfeld erfolgen. Notwendig ist zudem eine Anpassung des Stellenplans, da mit der Umnutzung ein erhöhter Pflegeaufwand erforderlich ist.

Zu beachten ist dabei aber, dass es sich diesfalls nur um eine Notlösung handeln könnte. Sie wird aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Die Gänge und Zimmer des Heimes Grossfeld sind zu eng und zu klein, um mit Pflegebetten rangieren zu können. Die Pflegebetten müssen seitwärts gelegt werden, um sie aus den Zimmern oder in die Zimmer bewegen zu können.
- Nur im Haupttrakt (Turm) ist ein Bettenlift vorhanden. In den übrigen Bereichen des Grossfelds fehlen solche Lifte.
- Die Nasszellen in den Zimmern sind zu klein, um pflegebedürftige Personen ab BE-SA-Stufe 3 in den Zimmern versorgen zu können. Dafür ist pro Station (mit 10 bis 11 Betten) nur ein WC und nur ein Raum für Bad/Dusche auf dem Gang vorhanden. Diese Situation erhöht den Pflegeaufwand pro Bewohner ab BESA Stufe 3 um bis zu 2 Stunden täglich (verglichen mit dem Aufwand im Zunacher) – ein zusätzlicher Pflegeaufwand, der nicht von den Krankenkassen getragen wird, und, da infrastrukturell bedingt, nicht den Bewohnerinnen und Bewohnern überbunden werden kann.

Bruno Bienz führt aus, dass sich der Ratspräsident gemäss Geschäftsordnung des Einwohnerrates Art. 5 Absatz 1 an der Diskussion beteiligen kann. Die Sitzungsleitung erfolgt durch den Vizepräsidenten. Dies möchte Bruno Bienz hiermit machen und beantragt die Diskussion zur Interpellation Lanz.

Es ist keine Opposition vorhanden, somit bittet der Sprechende Viktor Bienz nach vorne zu kommen und Platz zu nehmen.

Im Namen der Grünen dankt Bruno Bienz für die Antworten zur Interpellation. Sie sind aber der Meinung, dass dieses Thema mit dieser Antwort nicht ad Acta gelegt werden darf und kann. Die demographische Entwicklung in der Schweiz und in Kriens führt dazu, dass in den

nächsten Jahren die Anzahl älterer, vor allem hochbetagter Menschen deutlich ansteigen wird. Deshalb wird die Anzahl Pflegebedürftiger entsprechend zunehmen. Nicht nur die Gemeinde sondern auch der Kanton hat leider die Hausaufgaben nicht gemacht. Denn auch dem Kanton ist die Problematik der Heimplatzierung von Schwerstkranken seit Jahren bekannt. Es macht ja keinen Sinn, Heime in Spitäler zu umfunktionieren, nur um Schwerstkranke aufnehmen zu können. Hier muss der Kanton Lösungen anbieten, die nicht auf Kosten der Heime und der Schwerstkranken gehen. Die Grünen haben noch ein paar Bemerkungen zu den Antworten.

Frage 1:

Aus der Sicht der Grünen ist es eine sehr fragwürdige Politik, die Heimplätze stur nach den Anmeldungen zu vergeben. Ein Patient vom Spital, der nicht mehr nach Hause kann, muss irgendwo im Kanton platziert werden und dafür wird eine betagte Person, die noch mit Betreuung von der Spitex zu Hause bleiben könnte, in das Pflegeheim aufgenommen, nur weil sie sich zuerst angemeldet hat. Die Grünen sind der Meinung, dass es in der Bettenpolitik dringend grössere Flexibilität braucht und die Sicht aller Involvierten. Sonst müsste man jeder Krienserin und jedem Krienser empfehlen, sich schon mit 40 in den Heimen Kriens anzumelden, damit man dann irgendwann an erster Stelle steht.

Frage 2:

Wie in der Antwort richtig festgestellt, werden die Pflegefälle immer komplexer und zeitintensiver. Daher ist es nach der Meinung der Grünen wichtig, dass die Personalpolitik überdenkt wird. Kriens muss sich die Frage stellen, ob das richtige Personal für diese Problematik zur Verfügung steht. Der Sprechende zitiert aus dem Altersleitbild des Kantons Luzern:

"Die Zunahme schwerer Pflegefälle in den Alters- und Pflegeheimen bedeutet, dass immer mehr diplomiertes Pflegepersonal eingesetzt werden muss. Auch qualitativ steigen die Ansprüche. Aufgaben wie Praxisbegleitung der Auszubildenden, Fachbetreuung, Teamunterstützung und Führungsaufgaben werden intensiver oder kommen neu hinzu. Das Ansehen des Pflegepersonals im Alters- und Pflegeheim steht in einem Missverhältnis zu den Anforderungen, die diese Arbeit an die Pflegenden stellt. Was ist zu tun? Die Rahmenbedingungen wie Atmosphäre, ressourcenorientierte Delegation an die Pflegenden, regelmässige Fort- und Weiterbildung müssen stimmen, die Ausbildung ist zu prüfen."

Noch etwas zum Lohnniveau:

Der Einwohnerrat wurde schon mehrmals informiert, dass das Lohnniveau des Pflegefachpersonals im Vergleich mit anderen Heimen hinterher hinkt. Den Grünen ist nicht klar wieso eine Überprüfung so lange dauert. Schon im 2005 ist dieser Missstand protokolliert worden. Sie sind klar der Meinung, dass dieses Lohnproblem schnell angepackt werden muss, damit nicht noch mehr gutes Fachpersonal abwandert.

Frage 6:

Das Problem Grossfeld muss möglichst schnell angegangen werden. Diverse Vorstösse liegen auf dem Tisch. Sehr wichtig finden die Grünen, dass mit allen Leistungsträgern die Umnutzung angeschaut werden muss. Zu prüfen sind: Alle Vorstösse betreffend Grossfeld, Zentrale Koordinationsstelle im Bereich Begleitung, Betreuung und Pflege. Diese Stelle ist im aktuellen Altersleitbild (1995) als dringend nötig erachtet worden, aber leider immer noch nicht realisiert. Diese Chance muss jetzt genutzt werden. Die Einrichtung einer Palliativ-Abteilung, Betreutes Wohnen, Pflegewohngruppen und vieles mehr ist ebenfalls zu prüfen. Als Pendeuz steht auch noch das Postulat Morf vom November 2007 im Raum, das eine Aktualisierung des Alters- und Behindertenleitbild fordert. Das muss zügig angegangen werden. Nicht vergessen darf man, dass hinter allem pflegebedürftige Menschen stehen, die es verdient haben,

in der letzten Lebensphase eine würdige Betreuung und Pflege zu erhalten. Menschen, die sich in all den Jahren vorher in der Gemeinde engagiert haben und auch Steuern bezahlt haben. Daher kann es nicht sein, dass diese Menschen als Manipuliermasse zwischen Spital, Kanton und Gemeinden hin und her geschoben werden.

Viktor Bienz gibt den Vorsitz wieder an Bruno Bienz zurück.

Gemäss Jennifer Maldonado ist die SP-Fraktion gar nicht zufrieden mit dem Bericht des Gemeinderates. Die Sprechende fragt den Gemeinderat an, ob diese Situation nicht voraussehbar war. Der frühere Gemeinderat hätte wahrscheinlich eine Gesamtplanung machen können. Stattdessen wurde dieses Anliegen leider über die Jahre verschoben. Heute sind die Folgen spürbar. Jetzt geht es um eine korrekte Vorgehensweise und eine visionäre Art und Weise mit den Bedürfnissen der Betroffenen umzugehen. Mit der Interpellation Lanz und der Motion Urfer "Bedarfsabklärung von betreuten Wohnformen im Alter" könnten die erwähnten Bedürfnisse und Forderungen behandelt werden. Vielen Dank auch dem Sozialvorsteher für die kurze aber präzise Pressemitteilung über diese Problematik.

Räto Camenisch ist der Meinung, dass man berücksichtigen muss, dass der Sozialvorsteher eine Situation übernommen hat und nun versucht, diese zu erklären. Er findet, dass man den Bericht als Ist-Zustand zur Kenntnis nehmen soll. Räto Camenisch ist optimistisch, dass dieses Problem in den nächsten Jahren gelöst werden kann.

Lothar Sidler denkt zum Votum von Bruno Bienz, dass man das Problem der Eintritte so nicht lösen kann. Es muss eine Gerechtigkeit geben und man hat sich dafür entschieden, dass diejenigen, die sich zuerst angemeldet haben auch zuerst einen Platz bekommen. Man muss jedoch gewisse Punkte erfüllen, um das Recht auf einen Platz im Heim zu haben. Zweitens muss man die Personalpolitik überdenken und die Lohnpolitik muss tatsächlich an die Hand genommen werden. Die Schaffung einer zentralen Stelle, welche Bruno Bienz angesprochen hat, wurde bereits angegangen. Zur Frage von Jennifer Maldonado, ob diese Situation nicht voraussehbar war, meint Lothar Sidler, dass das allenfalls möglich gewesen wäre. Jetzt ist das jedoch eine Sache von gestern. Wichtig ist, dass man die Mängel jetzt erkannt hat und handelt.

10. Interpellation T. Bründler: Hyperaktivismus im Umweltschutzamt Kriens

Nr. 031/08

Beantwortung

Die Interpellation Nr. 221/07 vom 15.10.2007 (R. Thalmann, SVP) enthielt eine ähnliche Frage betreffend Gerichtsverfahren. Diese wurde am 13. Februar 2008 bereits ausführlich und mit einer Zusammenstellung aller Anzeigen von 2003 bis 2007 beantwortet.

Wie der Zusammenstellung entnommen werden kann, ist die Behauptung falsch, dass eine Zunahme der Anzeigen stattgefunden habe. Im Jahre 2008 sind – abgesehen von Anzeigen

gegen Falschentsorgungen - überhaupt keine Anzeigen vorgenommen worden und die Vorjahre liegen immer im selben Rahmen von zwei bis vier Anzeigen pro Jahr.

1. Wie viele Verzeigungen wurden seit 1. Januar 2004 erstattet?

Die bereits mit der Interpellation Nr. 221/07 vom 15.10.2007 abgegebene Zusammenstellung wurde ergänzt. Diese gibt einen Überblick über die Verfahren, die vom Departement Umwelt- und Sicherheit eingeleitet wurden.

Im Bereich illegale Entsorgung wurden im Jahr 2008 12 Anzeigen erstattet. Zudem wurde bei drei vorliegenden, nicht schwerwiegenden Verstössen im Umweltbereich bewusst auf eine Anzeige verzichtet und stattdessen das Gespräch gesucht oder mit einem Brief auf das Fehlverhalten hingewiesen.

2. Wie viele der Beschuldigten wurden gebüsst?

Im Bereich Falschentsorgungen wurden in Jahr 2008 von den bereits abgeschlossenen Fällen 9 Strafverfügungen ausgestellt und ein Fall eingestellt. Im Jahre 2007 wurde von den 18 Fällen ein Verfahren eingestellt, der Rest gebüsst. Das entspricht einer sehr hohen Aufklärungsquote.

Im Bereich Naturschutz wurde in all den aufgeführten Fällen ein Verfahren eingestellt und in einem weitergezogenen Fall (vgl. Frage 3 und 4) erfolgte ein Freispruch. In 86 % der Fälle lag das Recht auf Seiten des Gemeinderates.

3. Wie viele der Beschuldigten haben den Fall an höhere Instanzen weitergezogen?

Ein Fall wurde an das Amtsgericht weitergezogen.

4. Wie viele wurden Freigesprochen?

Ein Freispruch erfolgte in einem Fall.

5. Wie viele Fälle sind noch hängig?

Zwei Fälle aus dem Jahre 2008 im Bereich illegale Entsorgung sind noch nicht abgeschlossen.

6. Wie hoch sind die Kosten der einzelnen Fälle, für Bund, Kanton, Gemeinde bzw. SteuerzahlerInnen?

Darüber führen weder Bund, Kanton noch Gemeinde eine Statistik. Für die Gemeinde Kriens entstanden keine ausserordentlichen Kosten.

Im Rahmen des Baucontrolling-Auftrages des Einwohnerrates hat der Gemeinderat Leitsätze verabschiedet. In diesen Leitsätzen hält der Gemeinderat fest, dass der Gemeinderat die Bürgerinnen und Bürger in kundenfreundlichen Prozessen und unter Einhaltung der verbindlichen Regeln und Gesetze zu bedienen hat. Diesem Grundsatz lebt die Verwaltung und der Gemeinderat nach.

Bruno Bienz fragt die SVP-Fraktion an, ob sie mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden ist oder ob eine Diskussion gewünscht wird.

Gemäss Martin Heiz ist man mit der Beantwortung im Grossen und Ganzen zufrieden. Es gibt noch einige Punkte, bei denen die SVP am Ball bleiben wird.

11. Interpellation Nyfeler: Behindertengerechtes Bauen in Kriens

Nr. 041/09

Beantwortung

Die Interpellation Nyfeler "Behindertengerechtes Bauen in Kriens" wird wie folgt beantwortet:

1. Wie sah in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle des Vereins für behindertengerechtes Bauen aus?

Das Baudepartement sendet bei der Einleitung eines Baubewilligungsverfahrens folgende Baugesuche an die Beratungsstelle "Behindertengerechtes Bauen Luzern BBL" zur Stellungnahme:

- Öffentliche Bauten
- Öffentlich zugängliche Bauten (wie Ladenlokale, Restaurants, Hotels, usw.)
- Gewerbe- und Bürobauten
- Mehrfamilienhäuser
- Verkehrsanlagen mit Gehwegflächen

Die Stellungnahme und allfällige Auflagen werden immer in die Baubewilligung integriert. Das Baudepartement empfiehlt den Planern, bei einer Beratung während der Projektbearbeitung rechtzeitig mit der Beratungsstelle BBL Kontakt aufzunehmen, wenn sich Fragen zum hindernisfreien Bauen ergeben.

Die Auflagen bezüglich behindertengerechtem Bauen, die in der Baubewilligung definiert sind, werden bei der Schlussabnahme kontrolliert. Allfällige Widerhandlungen respektiv falsch oder nicht umgesetzte Auflagen werden mittels Mängelliste erfasst und eine Frist für die Behebung angesetzt. Wenn es notwendig ist, wird ein Augeschein vor Ort mit der Bauherrschaft, dem Sachbearbeiter des Baudepartements und der Sachbearbeiterin der BBL durchgeführt und das weitere Vorgehen festgelegt. Änderungen oder Anpassungen von Auflagen betreffend hindernisfreiem Bauen werden ausschliesslich durch die Fachstelle schriftlich bewilligt. Nachbesserungen werden vom Baudepartement kontrolliert.

2. Wie gewährleistet der Gemeinderat bei den verschiedenen Bauvorhaben der Gemeinde, dass behindertengerecht gebaut wird?

Bei Planerausschreibungen oder Wettbewerben werden die SIA-Normen als verpflichtende Planungsgrundlage angegeben. Dies war bisher die Norm SN 521 500 "Behindertengerechtes Bauen" aus dem Jahre 1988. Diese Norm wurde neu ersetzt durch die Norm SIA 500 "Hindernisfreie Bauten". Die Norm geht davon aus, dass der gebaute Lebensraum allen Menschen offen stehen soll. Er soll auch für Menschen, die in ihrer Beweglichkeit von Geburt an, durch Unfall, Krankheit oder altersbedingte Beschwerden kurz- oder langfristig motorisch oder sensorisch eingeschränkt sind, weitestgehend selbstständig zugänglich sind. Die Norm legt fest, wie hindernisfreie Bauten zu gestalten sind.

Wo die Anwendung der Norm Pflicht ist, wird durch Vorschriften von Bund, Kanton, Gemeinde oder durch die Bauherrschaft vorgeschrieben.

Bei der Werterhaltung von bestehenden gemeindeeigenen Gebäuden werden Aufwand und Nutzen der behindertengerechten Zugänglichkeit abgewogen. Das Gemeindehaus ist heute mit Rollstuhl oder Kinderwagen recht gut erreichbar. Bei den älteren Schulhäusern ist eine Zurückhaltung verantwortbar, da der Bedarf nach einer hindernisfreien Rollstuhlgängigkeit bedeutend geringer ist.

3. Welche Auflagen macht der Gemeinderat den Architekten im Zusammenhang mit behindertengerechtem Bauen bei gemeindeeigenen Gebäuden? (z.B. Fachwissen im Architektenteam oder Zusammenarbeit mit dem Verein für behindertengerechtes Bauen?)

Im Wettbewerbsprogramm für das Teiggi/Gemeindehaus/LUPK – Areal wird (als Beispiel) verlangt, dass im Planungsbereich moderne und behindertengerechte Miet- und Eigentumswohnungen mit unterschiedlichen Grösse zu planen seien. Als "behindertengerecht" wird vor allem "rollstuhlgängig" und "keine Schwellenhöhen über 2.5 cm" präzisiert. Dabei ist zu unterscheiden zwischen behindertengerechten rollstuhlgängigen Wohnungen und Wohnungen für Behinderte, die auch in der Küche und im Sanitärbereich spezielle Anpassungen erfordern.

Es wird von den Architekten erwartet, dass sie das Fachwissen für hindernisfreies Bauen haben. Es wäre unverhältnismässig, spezielle Referenzen für hindernisfreies Bauen bei Planersubmissionen zu verlangen. Je nach Projekt weist das Baudepartement bei gemeindeeigenen Bauten das Architektenteam darauf hin, mit der Beratungsstelle BBL frühzeitig Kontakt aufzunehmen sei, so wie auch mit der Gebäudeversicherung rechtzeitig Kontakt aufgenommen werden muss.

Beim Dienstleistungsgebäude "Cocon" ist hindernisfreies Bauen bereits im Wettbewerbsprogramm und nun auch in der Projektoptimierung ein wichtiger Faktor. Das Projekt wird sowohl für Besuchende als auch für rollstuhlgängige Arbeitnehmende eine hohe Qualität von hindernisfreiem Bauen haben. In einer späteren Projektphase wird abgeklärt, ob auch für Sehbehinderte zusätzliche Massnahmen wie zum Beispiel taktile Markierungen auf Gehwegen notwendig sind.

4. Inwiefern können Menschen mit Behinderung bei den Bauplänen ihre Bedürfnisse mitteilen?

Es ist wichtig, dass bei der Planung oder Begutachtung von Projekten interessierte Organisationen mitwirken können. Beim hindernisfreien Bauen ist dies die Beratungsstelle BBL. Ansprechpartner soll eine Organisation sein, die das notwendige Fachwissen hat, da sonst die Gefahr von widersprüchlichen Meinungen besteht, die nicht zum Ziel führen.

Bruno Bienz fragt die SP-Fraktion an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob eine Diskussion gewünscht wird.

Nach Absprache mit Nicole Nyfeler dankt Joe Brunner für die Beantwortung der Interpellation. Die SP-Fraktion ist mit den Ausführungen mehrheitlich zufrieden. Es wird keine Diskussion gewünscht und der Sprechende bedankt sich für die Beantwortung.

12. Interpellation Nyfeler: Mietzinserhöhung bei Alterswohnungen

Nr. 042/09

Beantwortung

Die Interpellation Nyfeler "Mietzinserhöhungen bei den Alterswohnungen Hofmatt" wird wie folgt beantwortet:

Was sind die Begründungen für die Mietzinsanpassungen? Wegfall der WEG-Grundverbilligung oder gibt es weitere Gründe?

Die Alterswohnungen Hofmatt wurden nach dem WEG (Wohn- und Eigentumförderungsgesetz) erstellt. Alle Wohnungen kamen anfänglich in den Genuss der rückzahlbaren Grundverbilligung gemäss WEG. Die grundverbilligten Mietzinse erhöhten sich alle 2 Jahre um einen bestimmten Prozentsatz. Die Hypothekarzinssatz-Schwankungen hatten keinen direkten Einfluss auf die Mietzinse. Der Bund richtete zudem Zusatzverbilligungen an Personen mit bescheidenem Einkommen und Vermögen aus, die nicht zurückbezahlt werden mussten.

Per 31. Dezember 2008 endete der öffentlich-rechtliche Vertrag über die Ausrichtung von Bundeshilfe. Die Mieterinnen und Mieter der Alterswohnungen Hofmatt erhielten neue Verträge, die dem Obligationenrecht und nicht mehr dem WEG unterstehen. Weitere Gründe für die Mietzinsanpassungen gibt es nicht.

Wie hoch waren die Mietzinsanpassungen per 1. Januar 2009?

Die Mietzinsanpassungen hingen ab von der Grundverbilligung und den allfälligen Zusatzverbilligungen. Sie lagen zwischen null Franken bei Personen, die keine Mietzinsverbilligungen erhielten, und maximal 370 Franken pro Monat und Wohnung. Der Durchschnitt liegt bei 150 Franken pro Monat und Wohnung. Dabei ist zu beachten, dass Personen, die Anspruch auf Zusatzverbilligung hatten, die Voraussetzungen für Ergänzungsleistungen erfüllen und diese bei der AHV-Zweigstelle beantragen können. Offenbar wird von diesem Angebot nicht von allen Berechtigten Gebrauch gemacht.

Wurden noch weitere Gebühren, Zuschläge, Nebenkosten, Dienstleistungen etc. erhöht?

Nein, die Mietzinsanpassungen betrafen nur die Mietzinsverbilligungen nach WEG.

Wann und wie wurden die Mieterinnen und Mieter sowie deren Umfeld (z.B. Angehörige, Spitetex) informiert?

Grundsätzlich hatten die Mieterinnen und Mieter aus ihrem "alten" Mietvertrag Kenntnis, dass die Mietverbilligungen nach WEG am 31. Dezember 2008 auslaufen. Das Baudepartement Kriens hat im September 2008 den Mietern neue Verträge zugestellt und im Begleitschreiben begründet, warum die Mietzinsverbilligungen nicht mehr gewährt werden können. In diesem Schreiben wurden die Mieterinnen und Mieter auch über die Möglichkeit von Ergänzungsleistungen-Zahlungen durch die AHV-Zweigstelle informiert. Zudem wurde die Telefonnummer

der Sachbearbeiterin Liegenschaftsverwaltung für die Beantwortung von Fragen angegeben, die auch rege genutzt wurde.

Gleichzeitig wurde das Hauswartspaar über die Anpassungen der Mietverträge instruiert. Romeo und Romy Delchiappo leisten neben den Hauswartaufgaben auch Betreuungsaufgaben für die Bewohnerinnen und Bewohner der Alterswohnungen Hofmatt und sind deshalb vertraute Ansprechpersonen. Sie konnten einige Mieterinnen und Mieter beschwichtigen, die den Grund der Mietzinsanpassungen nicht verstanden. Die Spitex wurde durch die Abteilung Liegenschaften informiert, nachdem sie selber nachgefragt hatte. Es gibt für die Alterswohnungen (im Gegensatz zu den Heimen) keine Liste von Angehörigen, die informiert werden müssten.

Kann sich der Gemeinderat vorstellen, nochmals breitflächig (z.B. via Kriens Info) über die Mietzinsanpassungen per 1. Januar 2009 zu informieren, um Unklarheiten zu beseitigen?

Eine öffentliche Information ist nicht vorgesehen.

Steht im Zusammenhang mit den Hypothekarzinsen bald eine Mietzinssenkung an?

Die neuen Mietverträge sind nicht mehr an den Hypothekarzinssatz einer Bank gekoppelt. Der Mietzins basiert gemäss eidgenössischer Verordnung auf dem in der Schweiz einheitlich festgelegten Referenzzinssatz von aktuell 3.5% und dem Landesindex der Konsumentenpreise.

Sind für das Jahr 2010 weitere Erhöhungen bei Miete, Gebühren, Zuschlägen, Nebenkosten, Dienstleistungen etc. geplant?

Es sind für das Jahr 2010 keine Erhöhungen geplant.

Wie wirken sich die entschiedene Steuersenkung und / oder Defizite in der Rechnung / im Budget auf die Alterswohnungen Hofmatt aus?

Beim Konto 575 "Alterswohnungen Hofmatt" handelt es sich um eine Spezialfinanzierung. Die für eine ausgeglichene Rechnung der Spezialfinanzierung notwendigen Mietzinseinnahmen sind deshalb absolut unabhängig von der übergeordneten politischen Finanzplanung.

Die vorgenommenen Mietzinsanpassungen ergeben einen Betrag von ca. 130'000 Franken pro Jahr. In der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2008 ist bei den Verpflichtungen Spezialfinanzierungen beim Konto Nr. 2280.04 Alterswohnungen Hofmatt ein Betrag von 636'775 Franken vorhanden. Das sind effektive Ertragsüberschüsse. Die Liegenschaft ist noch mit ca. 6.4 Mio. Franken im Verwaltungsvermögen verbucht. Gemäss Voranschlag 2009 ist dieses Jahr eine weitere Einlage in die Spezialfinanzierung von 250'000 Franken budgetiert.

Im Finanzplan ist unter "später" (= später als das Jahr 2013) ein Betrag von 4.5 Mio. Franken für die Werterhaltung Alterswohnungen Hofmatt budgetiert. Bis ins Jahr 2014 könnte bei gleich bleibenden Erträgen das Kapital der Spezialfinanzierung bei ca. 1.9 Mio. Franken liegen, was einem Anteil Eigenmittel von ca. 40% für die Werterhaltungsarbeiten entspricht.

Das Baudepartement wird ab 2009 die Wohnungen bei einem Mieterwechsel sanieren, wenn es möglich ist, so dass eine Gegenleistung zu den Mietzinsanpassungen erkennbar ist.

Bruno Bienz fragt die SP-Fraktion an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob eine Diskussion gewünscht wird.

Joe Brunner, namens der SP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und verlangt eine Diskussion.

Bruno Bienz stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Joe Brunner ist man mit der Beantwortung der Gründe für eine Mietzinserhöhung grundsätzlich einverstanden. Trotzdem findet man die Kommunikation zwischen den betroffenen Mietern und der Gemeinde als nicht besonders feinfühlig. Ältere Menschen sind einfach sensibel und brauchen Einfühlungsvermögen in diesem heiklen Thema der Mietzinserhöhung. Kritisch hingegen und eher schräg in der Landschaft sind dann aber die Fr. 636'775.00 Ertragsüberschuss. Erhöhungen von Zinsen und gleichzeitige Überschüsse passen nicht zusammen. Die SP ist generell der Meinung, dass die jetzigen Ertragsüberschüsse nicht angehäuft werden sollen und das "Kässeli" gefüllt wird. Viel lieber sieht man, wenn mit dem Geld investiert wird und an der Werterhaltung der Substanz gearbeitet wird. Sanierungen sind konstant vorzunehmen, nicht nur bei Mieterwechseln. In diesem Sinne dankt die SP dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation und wird mit einem wachen Auge das Geschehen weiter verfolgen.

Als Maurus Frey den Bericht durchging, hatte er das Gefühl, "Kassensturz" zu schauen. Er bittet den Gemeinderat, mit dieser Mieterschaft etwas sensibler umzugehen als mit den Mietern von WG's.

Matthias Senn denkt ebenfalls, dass der Gemeinderat vielleicht tatsächlich nicht sehr sensibel vorgegangen ist, weil zu diesem Zeitpunkt der Wechsel stattgefunden hat. Der Gemeinderat will etwas in diese Wohnungen investieren und das ist auch nötig. Deshalb werden sie bei einem Mieterwechsel saniert.

13. Postulat Baumgartner: Ein Dorfplatz mit mehr Herz für Kriens

Nr. 052/09

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

14. Postulat Koch: Boomender Weinbau im Kanton Luzern – Edle Tropfen auch für Kriens!

Nr. 056/09

Gemäss Art. 40 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates nimmt Viktor Bienz auf der Tribüne Platz.

Joe Brunner opponiert dem Postulat.

Nach Patrick Koch boomt der Luzerner Weinanbau und gehört zu den stärksten wachsenden Agrarbereichen des Kantons und die Anbaufläche dürfte sich in den nächsten Jahren noch weiter ausdehnen. Der bekannte Winzer Toni Ottiger aus der Horwer Nachbarschaft bestätigt diesen Expansionstrend, wie in der NLZ vom 20. April 2009 nachzulesen war. Auch in der Gastronomie und bei Privatkunden stossen die edlen Tropfen aus der Region auf immer grössere Nachfrage. Am Südhang des Grundstückes Unterhus in der Gemeinde Kriens befindet sich ein geeignetes Grundstück, um Weinbau zu betreiben. Der gewerbliche Rebbau ist in der Landwirtschaft zonenkonform, es bräuchte somit keine Zonenplanänderung. Das Raumplanungsamt des Kantons Luzern hat mitgeteilt, dass eine Rebbauanlage am Hang der Parzelle Unterhus wohl landschaftsverträglich wäre. Der genannte Hang ist Bestandteil des Legates Wenger. Mit dem Entscheid für ein Erstellen des „Rebberges-Unterhus“ würde auch dem Willen der Schenkungsgeberin entsprochen, wonach das Unterhus „stets als landwirtschaftliches Grundstück zu bewirtschaften ist. Auch ein Rebberg kann als Musterbetrieb geführt werden. Ein Rebberg am Sonnenberg wäre positiv für das Ortmarketing und für die Gemeinde ein Gewinn. Es ist doch erstrebenswert an dieser prächtigen Lage eine landwirtschaftliche Spezialkultur zu fördern, als gewohnte Landwirtschaft zu betreiben. Mit einem Winzer als Pächter könnte für die Gemeinde eine höhere Wertschöpfung erzielt werden. Vorstellbar wäre auch die Gründung einer Krienser Rebbaugenossenschaft, wobei sich die Krienser Bevölkerung mit einem Anteilschein beteiligen könnte. Patrick Koch ist der Überzeugung, dass ein Rebberg eine sinnvolle Nutzung für den Südhang der Parzelle Unterhus wäre. Er bittet, das vorliegende Postulat zu überweisen.

Gemäss Cyрил Wiget hat die Gemeinde dieses Land an einen Pächter abgetreten. Er kann prüfen, ob man diese Idee umsetzen könnte.

Nach Christine Kaufmann ist die CVP/JCVP-Fraktion irritiert über das Postulat. Die Grundidee Weinanbau in Kriens ist zwar originell und es wäre prüfenswert, doch betrifft es eine gemeindeeigene Liegenschaft. Am 23. November 2005 wurde dem Gemeinderat eine Motion mit 14:11 überwiesen, mit dem Auftrag die Zukunft der landwirtschaftlichen Liegenschaften der Gemeinde Kriens einer vertieften Planung zu unterziehen. Die Kommissionsempfehlung im B+A 223/2007 beantragte dem Gemeinderat, dass die zwei starken Pachtliegenschaften Schloss und Gabeldingen als selbständige Betriebseinheiten gestärkt weitergeführt werden sollen und hat somit die Zwei-Betriebs-Strategie des Gemeinderates unterstützt. Mit der Stärkung der Betriebsstrukturen kann für die zwei Pächter-Familien eine langfristige interessante landwirtschaftliche Existenz geschaffen werden. Gestützt auf diese Schlussfolgerung beantragte die Fachkommission dem Gemeinderat, die, aufgrund ihrer Grösse, nicht existenzfähige Liegenschaft Hubel aufzugeben und einzeln zu verpachten, sowie die Liegenschaft Unterhus der Schlossliegenschaft zuzuteilen. Der GR stimmte diesen Empfehlungen im Februar 2005 zu. Die Zwei-Betriebs Strategie des Gemeinderates zielt darauf ab, in der Gemeinde zwei überlebensfähige Betriebe zu haben. Dabei soll die Schlossliegenschaft eher noch zusammengelegt werden. Mit dem Weinanbau würde man den jetzigen Pächter verpflichten Wein anzubauen, obwohl er das Know-how dazu nicht hat und das wirtschaftlich auch nicht vertretbar ist. Somit würde ein früherer Beschluss des Gemeinderates, der vom Einwohnerrat wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde, zur Makulatur. Gemäss Auszug aus Protokoll Nr. 3 vom 29. November 2007 wurde folgende Bemerkung von Robert Thalmann mit 17:6 Stimmen übernommen: "Der Gemeinderat bietet den heutigen Pächtern der landwirtschaftlichen Liegenschaft Gabeldingen und Schloss einen Pachtvertrag, evtl. verbunden mit entsprechenden Baurechten, von mindestens 30 Jahren an." Im gleichen Protokoll (Robert Thalmann): "Bei der Liegenschaft Schloss liegt es absolut auf der Hand, diese mit dem Kleinbetrieb Allenwin-

den zu ergänzen, sobald der heutige Pächter Kurt Stalder in Pension geht." Wirtschaftlich gesehen ist der Anbau von Weinreben nicht sinnvoll, da die Arbeit sehr intensiv und aufwändig ist. Der Verdienst kann nur mit der Herstellung/Lagerung und Verkauf des Weins erzielt werden. Bei gleichzeitiger Milch- und Weinproduktion würden die Stärken des landwirtschaftlichen Betriebes verzettelt. Die CVP/JCVP steht heute wie auch in der Vergangenheit klar hinter dem B+A 223/2007. Sie setzt sich für Krienser Landwirte und für Pächter von gemeindeeigenen Liegenschaften ein. Das Postulat Koch ist ein Widerspruch zu den früheren Aussagen. Die CVP/JCVP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats Koch ab.

Gemäss Joe Brunner löst sich die SVP, bekannt im ganzen Land für weniger Staat und mehr Marktwirtschaft, von ihren Grundwerten und möchte nun, dass die Kommune Kriens Weinbauer werden soll. Wieso nicht auch am "Schlösslihoger" oder an anderen tollen Orten? Die SP ist nicht gegen den Anbau von Weinreben, aber braucht es nun wirklich den Staat dazu? Der Staat und die Kommunen haben genug Sorgen mit dem Alkohol und sollten nicht noch kontraproduktiv den Präventionskampagnen entgegenwirken. Wein in bester Qualität gibt es genug, ansonsten wäre der Sprechende gerne bereit einmal eine Führung durchs Wallis oder sonst in ein Weinbaugebiet zu organisieren. Daher erachtet es die SP als unsinnig, dass die Gemeinde Kriens dieses Postulat entgegen nimmt und Kriens bald als Winzerdorf figuriert. Die SP ist einstimmig gegen die Überweisung.

Erich Tschümperlin möchte vom Gemeinderat wissen, welche Kosten entstehen würden und wie lange der Pachtvertrag noch läuft.

Nach Cyrill Wiget kann eine solche Prüfung nicht ohne Aufwand durchgeführt werden. Wie lange der Pachtvertrag dauert weiss er nicht auswendig.

Gemäss Patrick Koch läuft der Pachtvertrag am 14. März 2011 ab.

Erich Tschümperlin möchte wissen, wie viel das ungefähr kosten würde.

Cyrill Wiget ist es nicht möglich das jetzt zu sagen. Die Kosten werden im Rahmen des Berichts geprüft.

Alexander Wili ist für die Überweisung des Postulats. Es wäre sinnvoll Reben anzubauen. Es soll mit Viktor Bienz darüber verhandelt werden.

Roger Erni hat selbst Wein angebaut und findet das eine sensationelle Idee. Er überreicht dem Vorsitzenden eine Flasche seines selbst produzierten Schnapps.

Gemäss Räto Camenisch ist es eine ideale Lage um Wein anzubauen. Jeder Winzer kann innerhalb von 5 Minuten sagen, ob der Boden geeignet ist um Weinreben anzubauen. Räto Camenisch hat sich bei vielen Menschen erkundigt, was sie von dieser Idee halten und alle fanden es toll.

Werner Baumgartner ist der Meinung, dass es noch viele gute Ideen gibt. Konkret heisst das, dass man einen anderen Pächter suchen muss, da es nicht möglich ist, dass ein Landwirt Milch und Wein produzieren muss. Es muss dann an Fremde verpachtet werden und das ist nicht das, was man einmal wollte.

Patrick Koch ist überrascht, dass ausgerechnet die Grünen gegen die Überweisung diese Postulates sind. Man könnte das Grundstück sehr extensiv nutzen. Dem Postulanten wäre es am liebsten, wenn man Viktor Bienz ins Boot holen könnte.

Gemäss Joe Brunner fragt sich die SP, weshalb der Staat dies nun wieder machen soll. Die Landwirte sollen selbst Reben anpflanzen, wenn sie das wollen.

Christine Kaufmann ist der Meinung, dass wenn man jemandem etwas wegnehmen will schon etwas genauer hingeschaut werden sollte. Man kann nicht einen Milchbauer zwingen Wein anzubauen. Der Einwohnerrat würde jemandem Land wegnehmen, der es benötigt. Sie kann nicht nachvollziehen, weshalb man das machen sollte, nur damit man ein paar Reben angebaut werden können.

Patrick Koch will als Einwohnerrat möglichst viel aus einem Pachtvertrag herausholen.

Monika Marbacher möchte wissen, wie viele Hektaren der ganze Betrieb von Viktor Bienz umfasst.

Gemäss Cyрил Wiget handelt es sich um ca. 20 - 30 Hektaren Land. Viele Bauern suchen in der heutigen Zeit Land. Es geht tatsächlich um die Existenz.

Nach Roland Burkhardt ist die SVP sicher die letzte Partei, die den Milchbauern die Existenz nehmen will. Der Betrieb von Viktor Bienz kann auch weiter existieren, wenn auf dem betroffenen Grundstück Wein angebaut wird. Wenn die Nachfrage tatsächlich so gross ist, wie Patrick Koch sagt, würde sich eine Abklärung lohnen.

Gemäss Judith Luthiger verdient man nicht an der Pflege, sondern an der Kältereie. Soll Viktor Bienz dann auch noch einen Weinkeller bauen?

Patrick Koch spricht nicht von der ganzen Fläche dieses Grundstücks. Es geht nur um einen kleinen Teil. Es ist ihm schon klar, dass man nicht auch noch einen Weinkeller usw. bauen kann.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 16:11 Stimmen überwiesen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	Ausstand
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	Enthaltung
Frey, Maurus	Enthaltung
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	Enthaltung
Kaufmann, Christine	nein
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	Enthaltung
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

15. Postulate Urfer: Bedarfsabklärung von betreuten Wohnformen im Alter **Nr. 057/09**

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

16. Motion Hug: Umzonung des Salesiaparkes **Nr. 061/09**

Bruno Bienz führt aus, dass der Gemeinderat die Überweisung als Postulat beantragt. Somit findet eine Diskussion statt.

René Hug wusste nicht, dass neu der Bund Eigentümer dieses Grundstücks ist und nicht mehr der Kanton Luzern. Es laufen Gespräche, was mit dem Salesiapark passiert. Der Motionär ist aus diesen Gründen mit der Überweisung der Motion als Postulat einverstanden.

Matthias Senn hat keine Ergänzungen.

Gemäss Judith Luthiger opponiert die SP dem Postulat. Das Postulat der FDP ergänzt die vielen Vorstösse zum Salesia Park und bereichert sie mit einer weiteren originellen Lösungsvariante. Unter anderem wurde schon folgendes vorgeschlagen: sofortige Schliessung, einen hohen Zaun errichten mit Eingangskontrolle, ein Hochhaus bauen mit Aussicht auf Autobahn, Gefängnis und Hauptverkehrsachse und jetzt eine elegante Umzonung. Umzonen, dann bauen und schon ist das Problem mit den süchtigen Menschen gelöst. Unglaublich, aber wahr. Die FDP schreibt sogar: "Es stellt sich die Frage, ob es richtig ist, dass an einem Ortseingang so nah an einem Autobahnanschluss ein grüner Park besteht, den niemand besucht". Die FDP weiss genau, dass das Grundstück nicht Kriens gehört. Es gehört dem Bund und die ASTRA ist Grundeigentümerin dieser Nationalstrassenparzelle. Vom Gemeinderat wird die Umzonung einer Parzelle, die Kriens nicht gehört, gefordert. Man möchte einen städtebaulichen Akzent setzen und schlägt mögliche Nutzungen vor. Wäre die FDP einverstanden, wenn der Gemeinderat auf diese Idee käme und ihren eigenen, persönlichen Grundstücken Ideen oder Vorschriften für die Nutzung unterbreitet? Die SP-Fraktion kann auch die Antwort des Gemeinderates nicht nachvollziehen. Wieso will der Gemeinderat dies abklären? Die SP kann sich schlichtweg nicht vorstellen, welche Sportarten auf dieser kleinen Landfläche möglich wären. Sämtliche Ballsportarten fallen gleich mal weg. Auch einen Hund möchte die Sprechende nicht frei laufen lassen, denn rundherum hat es Strassen. Die vorhandenen Probleme mit den süchtigen Menschen dürfen nicht auf diese Art und Weise, wie die FDP es fordert gelöst werden. Die SP-Fraktion lehnt die Motion geschlossen ab.

Nach Maurus Fey ist dieser Vorstoss eine weitere Runde im "Drögeler-Ping-Pong". Grund für die Umzonung ist nicht die unattraktive Lage des Parkes, sondern dessen umstrittene Nutzung durch Randständige, Arbeitslose oder Drogenabhängige. Der Vorstoss will sie nicht mit einem Zaun ausschliessen, sondern wegbauen. Das nennt der Sprechende Ping-Pong: Wer weiss, wo sich die Szene als nächstes hinverschieben würde? Nach Horw, Luzern oder Emmen. Kriens kann es heute ja egal sein. Sollte sich die Szene vielleicht einmal im Bell-Park niederlassen, dann baut man da auch einfach etwas neues hin. Der Krienser Einwohnerrat kann noch so viele repressive, wie auch präventive Vorlagen gegen diese Szene beschliessen. Aber es wird leider immer Menschen geben, die nicht in das Gesellschaftsbild passen und an deren Ansammlung man sich stören wird. Auch die Grüne-Fraktion ist für die Einhaltung der Gesetze und somit gegen illegalen Drogen-Konsum und Handel im Salesiapark. Sie sind aber gegen eine aussichtslose Vertreibungspolitik. Dieser Vorstoss bringt für die Krienser und die Betroffenen keine Verbesserung oder gar Lösung. Dieser Ping-Pong-Match ist eigentlich ein Rundlauf. Maurus Fey bittet den Rat, diesen Vorstoss abzulehnen.

René Hug hat gesehen, dass das Grundstück dem Bund gehört und hat deshalb der Überweisung als Postulat zugestimmt. Mit dem Vorstoss wollte er die Diskussion am laufen halten. Er hat auch nicht von einer Überbauung sondern nur von einer Umzonung gesprochen. Wenn

jemand Drogen konsumiert, hat diejenige Person ein Problem und sollte betreut werden anstatt in einem Park herumzuhängen.

Roland Burkhardt findet das ebenfalls eine sehr gute Idee. Die Grünen haben ein Problem, denn sie halten immer schützend ihre Hände über Probleme und schieben sie herum. Die Probleme sollten aber gelöst werden.

Bernadette Hauser möchte wieder zur sachlichen Argumentation zurückkommen. Die CVP/JCVP-Fraktion möchte dem Gemeinderat nicht unterstellen, dass im Hintergrund die Vertreibung steht und nicht die Prüfung. Für die Motion hätte sich die Fraktion nicht ausgesprochen. Es wird immer Drogensüchtige geben, auch sie wollen keine Vertreibungspolitik betreiben. Da es nur um eine Prüfung durch den Gemeinderat geht, wird die CVP/JCVP-Fraktion der Überweisung zustimmen.

Maurus Frey ist der Meinung, dass dieser Antrag keine Problemlösung ist.

Nach Erich Tschümperlin will der Bund auf diesem Grundstück nicht bauen oder darf aus Sicherheitsgründen nicht. Weshalb soll man dann hier Geld für eine Umzonung ausgeben?

Gemäss Judith Luthiger ist die SP klar für die 4-Säulen-Politik bei dem Drogen Problem. Sie wollen das Problem lösen.

Maurus Frey denkt, dass es durch den Salesiapark vielleicht sogar einfacher ist, an diese Personen ranzukommen und ihnen zu helfen.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 22:10 Stimmen überwiesen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	nein
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	ja
Erni, Roger	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heini, Martin	nein
Heiz, Martin	ja
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	nein

Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	ja
Konrad, Simon	ja
Lammer, Thomas	ja
Luthiger, Judith	nein
Maldonado, Jennifer	nein
Marbacher, Monika	ja
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Rey, Louis	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wili, Alexander	ja

17. Motion Kalt: Zurückweisung von Vorstössen

Nr. 062/09

Martin Heiz opponiert dem Postulat.

Wie Mirjam Kalt schon in der Begründung dargelegt hat, geht es ihr darum, Ratsdebatten zu vereinfachen, indem von vornherein klar ist, ob es sich um eine Forderung oder um eine Prüfung eines Inhalts geht. Bei einer Motion geht es darum, dass der Einwohnerrat bestimmt, was der Gemeinderat umzusetzen hat. Der Einwohnerrat gibt also einen Auftrag an den Gemeinderat, den der Gemeinderat umzusetzen hat. Bei einem Postulat geht es darum, dass der Gemeinderat erst ein Anliegen prüft, die entsprechenden Informationen sammelt, Abklärungen trifft, usw. damit dann in einem zweiten Schritt aufgrund dieser Informationen bestimmt werden kann, was nun geschehen soll. Es ist also ein komplett anderes Vorgehen, was auch in den Formulierungen so zum Ausdruck kommen soll, damit keine Verwirrungen gestiftet werden und alle genau wissen, worum eigentlich debattiert wird. Der Einwohnerrat spart so mehr Zeit ein und auch die Nerven werden nicht so strapaziert. Ausserdem geht es darum, die Öffentlichkeit nicht zu verwirren, denn die Presse geht mit den Begriffen Postulat und Motion nicht immer kongruent um. Es wird z.B. gemäss Formulierung eines Postulates von Forderungen gesprochen, obwohl bei einem Postulat gar nichts zur Umsetzung gefordert werden kann. Die Bevölkerung weiss den Unterschied von Postulat und Motion nicht und gewinnt dadurch den falschen Eindruck und eine falsche Information, was im Einwohnerrat entschieden wurde. Mit einer formellen Prüfung, Mirjam Kalt betont dabei formell, denn es geht in keiner Weise um die Inhalte, hat der Einwohnerrat bereits Erfahrungen, denn die Geschäftsleitung weist bereits Vorstösse zurück, die beispielsweise nicht im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegen. Bei dieser Motion geht es Mirjam Kalt nicht um eine Zensur. Zensur meint ein politisches Verfahren, um unerwünschte beziehungsweise Gesetze zuwiderlaufende Inhalte zu kontrollieren und zu unterdrücken und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass nur erwünschte Inhalte veröffentlicht oder ausgetauscht werden. Es geht nicht um die Veränderung, Unterdrückung oder Kontrolle von Inhalten, sondern um die Übereinstimmung der Formalität mit dem Inhalt. Damit die Ratsdebatten an Qualität gewinnen und der Einwohnerrat auch weiss, worüber gesprochen wird, bittet Mirjam Kalt diese Motion anzunehmen.

Gemäss Viktor Bienz hat sich die Geschäftsleitung mit 3:2 Stimmen knapp für eine Überweisung ausgesprochen.

Nach Martin Heiz wurde dieses Thema bei der Behandlung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates eingehend diskutiert und abgelehnt. Man wollte nicht, dass die Geschäftsleitung Vorstösse ablehnen kann. Ausserdem wird mehr Arbeit generiert. Es sollte klar sein, dass ein Postulat ein Bericht auslöst, auch wenn es Forderungen enthält. Die SVP lehnt die Überweisung der Motion, auch als Postulat, ab.

Gemäss Simon Konrad unterstützt die FDP-Fraktion das Anliegen grundsätzlich, das einen effizienteren Ablauf der Geschäfte anstrebt. Die Vorprüfung ist heute freiwillig und kann von jedem Mitglied in Anspruch genommen werden. Bei vorliegender Motion Kalt bleibt ein demokratisches Unbehagen zurück. Die FDP möchte, dass der Einwohnerrat und nicht die Geschäftsleitung den endgültigen Entscheid fällen kann. Die Geschäftsleitung ist aus je einem Vertreter der Fraktionen zusammengesetzt. Wer entscheidet bei Unsicherheiten, die mit Bestimmtheit auf die Geschäftsleitung zukommen werden? Der Gemeindegewerkschafter, das juristische Gewissen oder die politische Mehrheit? Ist die doppelte Eingabe einer Motion aus der gleichen Partei (siehe Traktandum 18) konform, ist die dringliche Motion von Mirjam Kalt erstens dringlich und zweitens die richtige Form? Wird ein überflüssiges, da schon realisiertes Postulat (Traktandum 19, der Motionärin der vorliegenden Motion) mit bestem Dank zurückgegeben? Die FDP-Fraktion appelliert an die Eigenverantwortung und stellt den Antrag, dass die Motionärin Ihren Vorstoss mit Folgendem Zusatz ergänzt: "Ein Ratsmitglied soll nicht zur Änderung seines Vorstosses gezwungen werden können". Mit diesem Zusatz könnte sich die FDP mit dem Anliegen anfreunden, ansonsten bleiben sie dabei und lehnen ein Vorprüfungsverfahren für Motionen und Postulate ab.

Nach Werner Baumgartner opponiert die CVP/JCVP-Fraktion diesem Anliegen. Diese Sache wurde bereits ausgiebig bei der Revision der Gemeindeordnung diskutiert. Die Argumentationen haben sich seither nicht verändert. Die Motion bewirkt nach der Meinung der CVP/JCVP-Fraktion eine Bevormundung des Parlaments und entbindet die Parlamentarier von Ihrer Verantwortung sich gewissenhaft vorzubereiten. Die CVP/JCVP geht davon aus, dass der einzelne Einwohnerrat zusammen mit den Fraktionen kompetent und gewissenhaft genug ist, um einen Vorstoss korrekt zu formulieren. Besteht eine Unsicherheit, so gibt es immer die Möglichkeit, innerhalb der Fraktion oder beim Gemeindegewerkschafter nachzufragen. Inhaltlich kann sowieso nichts korrigiert werden, unsinnige Vorstösse können nicht vermieden werden. Der Vorstoss ist aufgrund von mangelhaften Vorstössen entstanden. Die CVP/JCVP-Fraktion plädiert für mehr Eigenverantwortung statt neue Kontrollen.

Mirjam Kalt ist in diesem Punkt mit Werner Baumgartner einverstanden. Man sollte mehr über den Inhalt diskutieren und nicht über die Form. Zum Votum von Simon Konrad sagt sie, dass es ihr nicht darum geht, dass die Geschäftsleitung entscheidet.

Gemäss Joe Brunner ist die SP-Fraktion für die Überweisung des Vorstosses.

Räto Camenisch ist ebenfalls für die Überweisung des Vorstosses.

Abstimmung:

Die Motion wird mit 22:9 Stimmen abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	nein
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Johanna	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	nein
Hauser, Bernadette	nein
Heiz, Martin	nein
Hug, René	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	nein
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	nein
Müller, Ursula	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

18. Motion Kalt: Sofortige Umsetzung von überwiesener Motion 051/05 Nr. 063/09

Bruno Bienz führt aus, dass der Gemeinderat die Überweisung als Postulat beantragt. Somit findet eine Diskussion statt.

Nach Mirjam Kalt schreibt der Gemeinderat in seiner Begründung zu ihrer Motion, dass der Prozess der drei Gemeinden mit dem Kanton vorwärts geht, dass im August 2009 Strategien vorliegen sollen, welche die Abstimmung von Siedlung und Verkehr, die Gestaltung von öffentlichen Räumen usw. bestimmen soll. Das freut die Motionärin zu hören. Nur wird dies zu spät sein, denn es wird dann nochmals eine Zeit dauern, bis die jeweiligen Ortsplanungen entsprechend umgesetzt sein werden. Gleichzeitig ist das Problem des Lidls, der in der Kuonimatt entstehen soll und der Verkehr, welches dieses Projekt mit sich ziehen wird, nicht gelöst und wird auf Kriens zukommen. Dies, weil der Gemeinderat seine Hausaufgaben seit 2005 nicht gemacht hat. Der Gemeinderat hat die Forderungen der Motion 051/05 nicht umgesetzt. Die

Begründung war, dass der Gemeinderat nach der Abstimmung über das Fahrtenmodell nicht sonderlich motiviert war. In der Wirtschaft wäre es sehr schwierig, mit dieser Antwort zu überzeugen. Man kann davon ausgehen, dass einfach nichts gemacht wurde, aus welchen Gründen auch immer. Der Richtplan Entwicklungsschwerpunkte Eichhof-Schlund sagt, dass auf dem Grundstück Büro und Dienstleistungseinrichtungen entstehen sollen. Im Kanton gibt es bereits positive Beispiele in Bezug auf den Umgang mit verkehrsintensiven Einrichtungen (wie aus der Beantwortung zur Interpellation ersichtlich wird). Warum nutzt Kriens nicht die Gelegenheit, dass das Gebiet besser genutzt wird? Ein Lidl bringt der Gemeinde wenig Geld bzw. Steuereinnahmen und viel Verkehr. Besser wäre es, kleinere Dienstleistungsunternehmen zu unterstützen wie z.B. ein Ingenieurbüro, was mehr Geld und weniger Verkehr bringen würde. Zudem besitzt die Gemeinde Kriens gegenüber Land. Wenn jetzt ermöglicht wird, dass ein Lidl entsteht, dann wird es die Gemeinde schwer haben, gegenüber etwas Zusätzliches zu projektieren. Man sollte die Chance nutzen und der Gemeinde sinnvollere Projekte mit weniger Verkehr ermöglichen und Lidl verhindern. Der Gemeinderat sieht auch mit Sorgen auf die Entwicklung des Verkehrsaufkommens. Er hat in der Beantwortung zur Interpellation gesagt, dass es vor allem ein regionales Publikum anziehen wird, was einerseits das Zentrum Kriens nicht konkurriert, jedoch zu mehr Verkehr in der Kuonimatt führen wird. Die Motion hat zusätzlich die Auswirkung, dass ein Lidl verhindert und somit das Verkehrsaufkommen verhindert werden kann. Deshalb nochmals die Forderung, und dies mit der Unterstützung der Quartierbewohnerinnen und -bewohnern der Kuonimatt, dass der Gemeinderat diese Motion mit sofortiger Wirkung umsetzt.

Gemäss Matthias Senn hat Susanne Lanz in ihrem Vorstoss gefordert, dass keine verkehrsintensiven Bauten und Anlagen mehr bewilligt werden. Im Moment läuft die Stadtentwicklung Luzern Süd – Kriens – Horw. In diesem Zusammenhang werden die Zahlen nochmals geprüft. Es geht darum, dass man etwas in der Hand hat, wenn wieder solche Baugesuche eingereicht werden. Man kann sagen, dass der Gemeinderat auch nicht sehr erfreut ist, über die Pläne von Lidl. Beim Aldi ist positiv, dass er in ein Gewerbegebäude gezogen ist. Rein grundeigentümerverbindlich hat man jedoch keine Möglichkeiten ein solches Gesuch abzulehnen. Es ist kaum möglich eine Umzonung vorzunehmen um das Gesuch von Lidl abzulehnen.

Nach Marco Achermann hat die Krienser Bevölkerung am 27. Februar 2005 das damalige Fahrtenmodell im Entwicklungsschwerpunkt Eichhof/Schlund deutlich mit 63% abgelehnt. Wie Johanna Dalla Bona schon damals feststellte, schrieb Susanne Lanz noch am gleichen Tag die Motion "Keine weiteren Waldstätterparks mehr". Für die FDP hat sich das damalige Schwarzmalen der Befürworter nicht bewahrheitet. Das Verkehrsaufkommen des Pilatusmarktes kann man sicher auch nicht mit dem im Obernau vergleichen. Weil das diskutierte Gebiet im Schlund sehr gut erschlossen ist (nebst Individualverkehr sogar mit Bus und S-Bahn) und auch im so genannten ESP liegt, findet nicht nur der Gemeinderat, sondern auch für FDP, dass dieses Areal für Detaillisten ideal ist. Bei der Beantwortung des Gemeinderates zur Interpellation Kalt "Der nächste Lebensmittel- Grossmarkt in der Kuonimatt" hat der Gemeinderat am 19. März 2009 übrigens gesagt, dass es sich bei diesem Projekt um ein Lebensmittel-Detailhandelsgeschäft und nicht um einen Grossmarkt und schon gar nicht um ein Einkaufszentrum handelt. Man kann ein Lidl mit ca. 1000m² und etwa 20 Mitarbeitern doch nicht mit einem Waldstätterpark mit über 44 Fachgeschäften, einer Verkaufsfläche vom 22'000 m² und ca. 430 Mitarbeitern vergleichen. Auch der Vorwurf an den Gemeinderat, er habe keine Nutzungseinschränkungen für dieses Gebiet erlassen kann nicht stimmen. Oder hat jemand seit Februar 2005 irgendwo wieder ein Einkaufszentrum oder einen Grossmarkt im Schlundgebiet

gesehen? Zum Schluss noch eine Frage: Kann sich Kriens im immer härter werdenden Standortwettbewerb erlauben, Firmen mit solchen Einschränkungen zu vergraulen? Nach Erachtens der FDP sind Bauvorhaben in den dafür extra geschaffenen Bauzonen vielmehr zu unterstützen um damit Arbeitsplätze und entsprechende Steuereinnahmen sicher zu stellen. Die FDP-Fraktion lehnt diese dringliche Motion aus allen oben genannten Gründen einstimmig ab.

Nach Peter Portmann stimmte das Volk am 27. Februar 2005 mit einer überwältigen Mehrheit gegen den Teilrichtplan Schlund. Acht Monate nach der Abstimmung wurde die Motion 051/05 überwiesen. Da fragt sich der Sprechende, weshalb Links – Grün den Willen des Volkes sabotieren will. Hier lebt man noch immer in einer Demokratie und nicht in einer Grün-Sozialistischen Diktatur. Was bringt eine Wiederaufgleisung des Teilrichtplanes? Schweizweit wurden schlechte Erfahrungen mit Kontingentierungen gemacht. Wieder fördert Links – Grün Verhinderungspolitik à la VCS, was zu einer wirtschafts- und gewerbefeindlichen Überreglementierung führt. Die Ansiedlung neuer Firmen und guter Steuerzahler wird praktisch verunmöglicht. Investoren werden abgeschreckt. Eine Fahrtenkontingentierung in einem Gewerbe- und Industriegebiet mit direktem Autobahnanschluss ist unverhältnismässig, sinnlos und unkoordiniert. Wenn der Einwohnerrat den Willen des Volkes akzeptieren will, ist dieser Vorstoss vehement abzulehnen.

Erich Tschümperlin hat mit zwei Sachen Mühe. Wenn jemand am Tag der Abstimmung eine Eingabe macht, ist das demokratisch sauber und legitim. Wenn man dann aber im Nachhinein mit Hintertürchen kommt nicht. Man muss nicht von einer Grün-Sozialistischen Diktatur sprechen.

Daniel Piazza möchte wissen, ob es einen Einfluss auf die Motion Lanz hat, wenn der Rat jetzt Nein sagt.

Gemäss Matthias Senn hat es keinen Einfluss auf die Motion Lanz.

Martin Heiz möchte beliebt machen, dass man die Motion ablehnt. Er weiss nicht, ob es sich die Gemeinde leisten kann Gewerbeland einfach so liegen zu lassen. Er hofft, dass dort keine Planungszone entstehen wird. Wenn diese Motion überwiesen wird, hat der Gemeinderat für die Umsetzung ein Jahr Zeit. Das ist überflüssig, da die Motion Lanz zum selben Zeitpunkt fällig ist.

Nach Mirjam Kalt geht es darum, dass die Nutzungsbestimmungen erarbeitet hätten werden sollen.

Gemäss Matthias Senn ist es kaum möglich eine Planungszone zu erlassen. Deshalb beantragt der Gemeinderat die Umwandlung in ein Postulat.

Die CVP/JCVP-Fraktion hat nach Kathrin Graber mit Befremden von dieser Motion Kenntnis genommen. Einerseits ist die Frage aufgetaucht, ob nun nach jedem Vorstoss, der nicht umgesetzt wird, ein Vorstoss nachgeschoben wird, der die Umsetzung des Anliegens des ersten Vorstosses verlangt. Chaos und Unsicherheit, wie damit umzugehen ist, wenn der zweite Vorstoss nicht mehr überwiesen werden sollte, scheinen der CVP/JCVP-Fraktion vorprogrammiert. Auf der anderen Seite hat sich die Fraktion natürlich auch gefragt, weshalb dem Willen des Einwohnerrates aus dem Jahre 2005 nicht nachgekommen wurde und die Änderung des Bau- und Zonenreglementes nicht in die Wege geleitet worden ist. Aus aktuellem Anlass, weil Lidl vor der Tür steht, stellt sich nun die Frage, wie dem Anliegen des Einwohnerrates aus dem Jahr 2005 gerecht werden kann. Weil die Anpassung des Bau- und Zonenreglementes bisher noch nicht vorgenommen wurde, kann die sofortige Umsetzung des früheren Vorstosses aus dem Jahr 2005 offenbar nur mit einer Planungszone erreicht werden. Die CVP/JCVP-Fraktion kann die Begründung des Gemeinderates nachvollziehen und wird daher für die Überweisung des Vorstosses als Postulat stimmen.

Erich Tschümperlin wundert sich über die Frage, ob es sich Kriens überhaupt leisten kann einen Lidl abzuweisen. Er hat sich die Frage umgekehrt gestellt. Es werden zum Beispiel keine 100 % Jobs angeboten. Wenn die Arbeitsnehmenden nach Kriens ziehen, wird das für die Gemeinde vielleicht ein Defizit.

Werner Baumgartner schliesst sich dieser Meinung an. Lieber eine unschöne Planungszone um einen unschönen Betrieb zu verhindern. Er ist sich ganz sicher, dass Lidl keine riesigen Steuererträge abwerfen wird. Es zieht auch nicht die reichen Leute an. Lidl hätte man einfach Land verkaufen können. Wenn man einen Lidl baut, kann man nebenan keine ruhigen Arbeitsplätze schaffen. Es geht um nachhaltige Investitionen. Es ist wertvolles Land und man sollte sorgfältig damit umgehen.

Gemäss Matthias Senn wird die Ortsplanungsrevision gestartet. Ca. 2010/2011 wird sie als Geschäft in der ersten Lesung in den Einwohnerrat kommen. D.h. wenn sich Kriens jetzt im Zusammenhang mit dem Planungsprojekt Luzern Süd mit den anderen Gemeinden einigen kann, wäre das die bessere Lösung. Eine Planungszone kann der Gemeinderat relativ schnell selbst erlassen. Das unschöne daran ist, dass das Parlament nichts dazu sagen kann.

Mirjam Kalt möchte von Kathrin Graber wissen, wie man denn sonst vorgehen soll, wenn man aus aktuellem Anlass merkt, dass eine Motion nicht umgesetzt wurde.

Alexander Wili passt es nicht, dass man das Entwicklungsgebiet Luzern Süd einschränken will. Die Krienser wollen das nicht und die Einstellung des Volkes sollte respektiert werden. Eine Planungszone kann der Gemeinderat erlassen ohne dass das Parlament oder die Grundeigentümer etwas dazu sagen können. Unter Umständen kann es 4 bis 5 Jahre dauern, bis man Einsprache erheben kann. Bei der Stadtentwicklung Luzern Süd diskutieren Kriens, Horw und Luzern gemeinsam über die Weiterentwicklung. Alexander Wili denkt, dass der Einwohnerrat ein Anrecht darauf hat, die Ergebnisse einzusehen und seine Meinung dazu zu äussern. Er bittet den Gemeinderat, das Ergebnis dem Einwohnerrat zu unterbreiten, bevor Massnahmen getroffen werden, wie z.B. eine Planungszone.

Martin Heiz ist der Meinung, dass es keinen Sinn macht, wegen Lidl eine ganze Planungszone zu erlassen. Soweit er weiss, ist eine Planungszone zeitlich begrenzt. Es ist jedem selbst überlassen, wo er einkaufen möchte. Martin Heiz ist absolut für eine freie Marktwirtschaft. Er hofft, dass auch die Überweisung als Postulat abgewiesen wird.

Räto Camenisch weiss, dass die Firma des Eigentümers dieses Grundstücks vor einem entscheidenden Entwicklungsschritt steht, welcher so finanziert werden kann. Bevor die Gemeinde Kriens solche Grundeigentümer wütend macht, sollte man besser die Finger davon lassen.

Nach Erich Tschümperlin ist es eine politische Entscheidung, welche Entwicklung Kriens im Schlund will. Qualitativ gut oder nicht. Er weiss, dass eine Planungszone keine schöne Sache ist. Hier sollte man aber eine Ausnahme machen.

Mirjam Kalt schliesst sich der Meinung von Erich Tschümperlin, dass man hier eine Ausnahme machen und eine Planungszone erlassen soll, an. Sie ändert ihre Motion in ein Postulat um.

Roland Burkhardt stellt den Antrag, dass abgestimmt wird.

Abstimmung:

Die Überweisung der Motion als Postulat wird mit 15:12 stimmen abgelehnt.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	Enthaltung
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	Enthaltung
Marbacher, Monika	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja

Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

19. Postulat Kalt: Trottoirergänzung Ringstrasse

Nr. 064/09

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

20. Postulat Hauser: Präventionsprojekt "sensor – erkennen und handeln": Beteiligung von Kriens

Nr. 065/09

Louis Rey opponiert dem Postulat.

Gemäss Bernadette Hauser sind Sucht, Gewalt und Vandalismus Themen, die viele Menschen und auch die Behörden beschäftigen. Die Bewältigung dieser Probleme fordern die Behörden heraus und es braucht, neben der Repression, auch Prävention. Präventives Handeln trägt dazu bei, Probleme frühzeitig zu erkennen, aufzufangen und eine Eskalation zu verhindern. Im Bereich Repression sind vom Einwohnerrat in jüngster Zeit Vorstösse überwiesen worden. Mit diesem Postulat im Fachgebiet der Prävention würde auch der andere Bereich abgedeckt. Wichtig ist, dass in beiden Bereichen Möglichkeiten abgeklärt und geprüft werden. Eine optimale Ergänzung von Prävention und Repression ist ideal. Die Projektleitung von "sensor" hat im letzten Jahr alle Gemeinden angeschrieben und eingeladen, am Projekt "sensor" erkennen und handeln, teilzunehmen. Das Projekt umfasst verschiedene Phasen. In einer ersten Phase wird eine Bedarfsabklärung gemacht, in der aufgezeigt wird, was im Bereich Sucht- und Gewaltprävention bereits vorhanden ist und wo allfällige Lücken bestehen, mit Empfehlungen zur Umsetzung von Massnahmen. Kriens hat sich nicht gemeldet, und sich auch nicht beworben, um am Projekt teilnehmen zu können. Mit der Überweisung dieses Vorstosses werden noch keine Massnahmen umgesetzt, auch die Bedarfsabklärung wird noch nicht gemacht. Aber, mit der Überweisung dieses Postulates erhält der Einwohnerrat einen Bericht, ob der Gemeinderat bereit ist, mit der Fachstelle für Suchtprävention, konkret mit diesem Projekt, die Zusammenarbeit zu suchen, ob er bereit wäre in einem ersten Schritt eine Bedarfsabklärung machen zu lassen und somit bereit wäre im nächsten Jahr mit dem Projekt "sensor" zusammenzuarbeiten. Noch einmal, es geht zum jetzigen Zeitpunkt nicht um den Auftrag für die Bedarfsabklärung und nicht um die Umsetzung von irgendwelchen Massnahmen, es geht lediglich darum, ob der Gemeinderat bereit wäre, mit diesem Projekt zusammenzuarbeiten. Bernadette Hauser bittet den Rat deshalb um die Überweisung dieses Postulates.

Nach Cyrell Wiget opponiert der Gemeinderat dem Postulat nicht.

Gemäss Louis Rey ist grundsätzlich nichts negatives am Projekt "sensor" erkennbar. Auf seine Frage nach dem Personellen Aufwand von "sensor" an der SGK-Sitzung wurde ihm mitgeteilt, dass es vordergründlich darum geht, eine Beratungsstelle zu führen. Kriens würde diese mitfinanzieren und könnte von den Dienstleistungen profitieren. Eventuell könnten diese Kosten

laut Aussage durch Bundesgelder gedeckt werden. In diesem Falle könnte das Projekt "sensor" wohl auch ohne das Krienser Parlament eingeführt werden. Die Frage bleibt offen, ob nicht schon genug Institutionen sich mit dem Thema Drogenkonsum von Jugendlichen befassen. Früherkennung und Prävention bei Jugendlichen Drogenkonsumenten ist bestimmt nicht mit einer Amtsstelle zu verhindern. Vielmehr sollte der Handel mit Drogen stärker bekämpft und sanktioniert werden. Auch die geringe Zahl an teilnehmenden Gemeinden am Projekt "sensor" (Hitzkirch, Horw, Luzern) weiss wohl eher auf eine wenig durchdachte oder auf bereits bestehende Sozialstellen hin. Einmal mehr soll ein weiteres Abteil am Sozial-Express geöffnet werden. Aus diesen Gründen lehnt die SVP die Überweisung des Postulats „Sensor – erkennen und handeln“ ab.

Jennifer Maldonado fragt sich, was gegen Präventionsmassnahmen sprechen kann. Wenn man über Präventionsmassnahmen spricht, steckt eine umfangreiche Problematik mit finanziellen und strukturellen Strategien dahinter. Warum sollten nur Massnahmen getroffen werden, wenn man eigentlich auf der einen Seite diese Problematik verhindern kann und auf der anderen Seite betroffenen Menschen in schwierigen Situationen rechtzeitig geholfen werden kann? Mit Hilfe des Postulats Präventionsprojekt „Sensor – erkennen und handeln“ kann sich die Gemeinde Kriens vergewissern, dass für dieses Anliegen alles getan wird.

Nach Maurus Frey ist man sich einig, dass es einen Mix aus repressiven und präventiven Massnahmen braucht. Der Einwohnerrat sollte den Gemeinderat dies überprüfen lassen.

Gemäss Monika Marbacher beschäftigen sich Lehrpersonen täglich mit Suchtproblemen, Mobbing, Leistungsschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten. In vielen Fällen ist nicht klar, wer, wie, was unternehmen soll und kann. Vielfach wird zu spät reagiert von Eltern und Lehrpersonen. Genau hier bietet "sensor" konkrete Unterstützung an. "sensor" berät und begleitet Schulen auf dem Weg zu einer sinnvollen Frühintervention mit dem Ziel, den Lehrpersonen ein Instrument zur Verfügung zu stellen, das Verantwortung und Zuständigkeit klärt. Da besteht Handlungsbedarf. Deshalb ist Monika Marbacher für die Überweisung von "sensor".

Bernadette Hauser staunt, was man alles in etwas hineininterpretieren kann. Es nehmen nur wenige Gemeinden am Projekt teil weil man sich in einer Notphase befindet. Die Beratungsstelle ist noch keine beschlossene Sache. Bernadette Hauser möchte nur wissen, ob der Gemeinderat bereit wäre, mit dem Projekt zusammenzuarbeiten.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 18:9 Stimmen überwiesen.

Achermann, Marco	ja
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	ja
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	nein
Camenisch, Rätö	nein
Erni, Roger	ja

Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	ja
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	Enthaltung
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	Enthaltung
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

21. Postulat Kaufmann: Heckveloträger für die Buslinie 15

Nr. 067/09

Martin Heiz opponiert dem Postulat.

Gemäss Christine Kaufmann bittet die CVP/JCVP-Fraktion, das Postulat "Einsatz eines Heckveloträgers auf der Buslinie 15" zur Prüfung zu überweisen. Kriens ist in zwei Hügelzonen eingebettet. Die Buslinie 15 bedient alle Haltestellen am Sonnenberg (Zumhof, Weinhalde, Gabeldingen, Bergstrasse, Dattenberggrain, Oberhusrain) sowie auf der anderen Talseite von Kriens die Gebiete Guetrüti, Roggernhalde, Sidhalde. In diesen Gebieten wohnen viele Familien mit schulpflichtigen Kindern. Die Kinder aus dem Wohngebiet Sonnenberg werden sehr oft von den Eltern für die Musikstunde, das Training im Sportverein etc. mit dem Auto rauf und runter chauffiert, denn wer auf einem Hügel wohnt, verzichtet schnell mal auf das Velo, bei den Gedanken an den Heimweg. Der Heimweg nach einem Training bzw. wenn man das schwere Instrument z.B. ein Saxophon auf dem Rücken transportieren muss, ist sehr anstrengend. Viele Anwohner dieser Hangwohngebiete würden sich eher für den Einsatz des Velos entscheiden, wenn die Möglichkeit eines bequemerer Heimwegs bestehen würde. Ebenfalls ist ein solcher Velotransport auch für die Erwachsenen sehr interessant. Denn Hand aufs Herz: ist es nicht angenehm, wenn ein Gewitter kommt oder man viel Gepäck dabei hat, dass die Möglichkeit besteht, einen solchen Bustransport nutzen zu können? Das vorhandene Busangebot könnte mit wenigen Mitteln noch attraktiver gestaltet werden. Man muss bedenken, dass nicht alle Krienserinnen und Krienser so sportlich sind, wie ein paar wenige hier im Parlament. Damit sich keine Verzögerungen des Fahrplans ergeben, könnte man den Veloverlad bei einer zentralen Haltestelle wie z.B. bei der Busschleife Kriens tätigen. Das wäre der einzige Ort für den Verlad. Für den Veloablad könnte man nur die obersten Haltestellen (z.B. Gabeldingen für den Sonnenberg) und auf der anderen Talseite Sidhalde definieren. Es macht keinen Sinn, dass der Bus bereits bei den untersten Haltestellen die Velos wieder ablädt. Auf der Buslinie 15 verkehrt nur ein Fahrzeug. Das heisst, es wäre nur eine einzige Anschaffung nötig. Die Kosten belaufen sich für einen Veloträger für 5 Velos auf ca. Fr. 4'000.00 exkl.

MWST. Es laufen bereits Abklärungen betreffend Veloverlad mit der Sonnenbergbahn. Doch diese Umsetzung ist nicht unproblematisch. Mit der Überweisung dieses Postulates kann man zeigen, dass Kriens modern und familienfreundlich ist. Die Postulantin dankt für die Unterstützung.

Cyrell Wiget sieht das Anliegen und ist bereit, einen kurzen Bericht zu erstellen.

Martin Heiz, namens der SVP-Fraktion, opponiert dem Postulat, weil ihm die Ausführungen nicht praktikabel erscheinen. Es wird Verzögerungen geben, dann muss vielleicht wieder darüber diskutiert werden, ob ein zweiter Bus eingesetzt werden muss.

Gemäss Josef Bründler findet die FDP die Idee sympathisch, jedoch schwer umsetzbar. Man ist der Meinung, dass man entweder mit dem Velo oder mit dem Bus ins Dorf fahren soll. Die FDP ist gegen die Überweisung.

Christine Kaufmann ist der Meinung, dass es nicht zu riesigen Verzögerungen führt, wenn man die Velos nur bei der Busschleife auflädt und beim Gabeldingen wieder ablädt.

Abstimmung:

Das Postulat wird mit 15:13 Stimmen überwiesen.

Achermann, Marco	nein
Baumgartner, Werner	ja
Betschart, Daniel	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Josef	nein
Brunner, Joe	ja
Burkhardt, Roland	ja
Camenisch, Räto	nein
Erni, Roger	nein
Fluder, Hans	nein
Frey, Maurus	ja
Graber, Kathrin	ja
Hauser, Bernadette	ja
Heiz, Martin	nein
Hug, René	nein
Kalt, Mirjam	ja
Kaufmann, Christine	ja
Koch, Patrick	nein
Konrad, Simon	nein
Lammer, Thomas	nein
Luthiger, Judith	ja
Maldonado, Jennifer	ja
Marbacher, Monika	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	nein
Rey, Louis	Enthaltung
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wili, Alexander	nein

Schluss

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 25. Juni 2009 statt. Der Vorsitzende denkt, dass ein halber Tag (Nachmittag) reicht. Den genauen Zeitpunkt (Beginn) entscheidet die Geschäftsleitung am 28. Mai 2009.

Am Sonntag, 4. Oktober findet die 5. Kulinarische Wanderung statt. Dies im Rahmen der Partnerschaft Kriens – San Damiano d’Asti. Wiederum gibt es eine Anfrage um Mithilfe des Einwohnerrates. Im Jahr 2007 hat eine Delegation des Einwohnerrates unter der Leitung von Matthias Senn einen Stand betreut. Es wäre schön, wenn sich auch dieses Jahr eine Gruppe bilden könnte. Einerseits ergeben sich dabei gute Kontaktmöglichkeiten zur Bevölkerung, andererseits wäre dies auch ein wertvoller Beitrag zur Förderung der Partnerschaft Kriens – San Damiano d’Asti. Am Samstagnachmittag, 3. Oktober werden zum Einrichten der Station ca. 5 Personen und am Sonntag, 4. Oktober für den Betrieb ab 09:00 Uhr bis ca. 16:00 Uhr, 10 bis 12 Personen benötigt. Alle Helferinnen und Helfer werden zu einem gemütlichen Schlussabend eingeladen. Da dieser Termin nicht mehr in dieses Amtsjahr fällt, übergibt Bruno Bienz den Job an Viktor Bienz. Interessierte sollen sich bitte möglichst schnell bei ihm melden.

Bruno Bienz möchte noch auf eine andere interessante Veranstaltung aufmerksam machen. Die Spitex organisiert ein lebendiges, anregendes Input Referat von Prof. Dr. Höpflinger zum Thema Wohnformen für verschiedene Phasen im Alter. Es wird auch die Situation in Kriens beleuchtet. Zeitrahmen 18:00 – 19:30 Uhr im Kino Scala. Da dieses Thema die Politik sicher noch beschäftigen wird, kann er diese Veranstaltung wärmstens empfehlen.

Das Fussballspiel FC Einwohnerrat : FC Gemeindehaus findet am Montag, 21. September 2009 statt. Dieses Datum bitte reservieren.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Hofmatt.

Die Sitzung wird um 19:30 Uhr geschlossen.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates



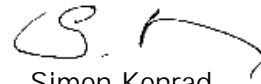
Bruno Bienz
Einwohnerratspräsident



Guido Solari
Gemeindeschreiber



Toni Bründler
Stimmzähler



Simon Konrad
Stimmzähler



Petra Burkhart
Protokollführerin



Yvonne Rösli
Protokollführerin